

Doppelte Standards im UN-Menschenrechts- und Sicherheitsrat

von Prof. Dr. Alfred de Zayas*

Alfred de Zayas
(Bild zvg)

Es ist kein Geheimnis, dass der UN-Menschenrechtsrat im wesentlichen den Interessen der westlichen Industrieländer dient und keinen ganzheitlichen Ansatz für alle Menschenrechte hat. Erpressung und Mobbing sind gängige Praktiken, und die USA haben bewiesen,

dass sie über genügend «soft power» verfügen, um schwächere Länder zu überreden. Es ist nicht nötig, im Plenarsaal oder auf den Fluren zu drohen, ein Telefonanruf des Botschafters reicht aus. Den Ländern wird mit Sanktionen gedroht – oder mit Schlimmerem, wie ich von afrikanischen Diplomaten erfahren habe. Wenn sie die Illusion der Souveränität aufgeben, werden sie natürlich damit belohnt, dass sie als «demokratisch» bezeichnet werden. Nur Grossmächte können es sich leisten, ihre eigene Meinung zu haben und entsprechend abzustimmen.

Im Jahr 2006 wurde die 1946 gegründete Menschenrechtskommission, die die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und zahlreiche Menschenrechtsverträge angenommen und das System der Berichterstatter eingeführt hatte, abgeschafft. Damals war ich über die Argumentation der Generalversammlung überrascht, denn als Grund wurde die «Politisierung» der Kommission angeführt. Die USA setzten sich erfolglos für die Schaffung einer kleineren Kommission ein, die sich nur aus Ländern zusammensetzen sollte, die die Menschenrechte einhielten und über den Rest urteilen konnten. Wie sich herausstellte, richtete die Generalversammlung ein neues Gremium mit 47 Mitgliedsstaaten ein, den Menschenrechtsrat, der, wie jeder Beobachter bestätigen wird, noch stärker politisiert und weniger objektiv ist als sein geschmähter Vorgänger.

Sondersitzung des Menschenrechtsrats am 12. Mai ohne Ausgewogenheit

Die Sondersitzung des Menschenrechtsrates am 12. Mai in Genf zum Krieg in der Ukraine war ein besonders schmerzhaftes Ereignis, das von fremdenfeindlichen Aussagen geprägt war, die gegen Artikel 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verstossen. Die Redner dämonisierten Russland und Putin in einem gemeinen Ton, während sie die von der Ukraine seit 2014 begangenen Kriegsverbrechen, das Massaker von Odessa, die achtjährige ukrainische Bombardierung der Zivilbevölkerung von Donezk und Luhansk usw. ignorierten.

Ein kurzer Blick auf die OSZE-Berichte vom Februar 2022 ist aufschlussreich. Der Bericht der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine vom 15. Februar verzeichnete 41 Explosionen in den Waffenstillstandsgebieten. Diese Zahl erhöhte sich auf 76 Explosionen am 16. Februar, 316 am 17. Februar, 654 am 18. Februar, 1413 am 19. Februar, insgesamt 2026 am 20. und 21. Februar und 1484 am 22. Februar. Aus den Berichten der OSZE-Mission geht her-

vor, dass die überwiegende Mehrheit der Einschläge der Artillerie auf der separatistischen Seite der Waffenstillstandslinie stattfand. Man könnte die ukrainische Bombardierung des Donbass leicht mit der serbischen Bombardierung von Bosnien und Sarajewo vergleichen. Doch die geopolitische Agenda der Nato bevorzugte damals Bosnien, und auch dort war die Welt in Gute und Böse aufgeteilt.

Jeder unabhängige Beobachter würde über den Mangel an Ausgewogenheit bei den Diskussionen im Menschenrechtsrat am Donnerstag erschauern. Aber gibt es noch viele unabhängige Denker in den Reihen der «Menschenrechtsindustrie»? Der Druck des «Gruppendenkens» ist enorm.

Die Idee, eine Untersuchungskommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine einzurichten, ist nicht unbedingt eine schlechte Idee. Aber eine solche Kommission müsste mit einem weit gefassten Mandat ausgestattet sein, das es ihr ermöglicht, Kriegsverbrechen aller Kriegsparteien zu untersuchen – sowohl der russischen Soldaten als auch der ukrainischen Soldaten und der 20 000 Söldner aus 52 Ländern, die auf ukrainischer Seite kämpfen. Nach Angaben von *al-Jazira* stammen mehr als die Hälfte von ihnen, 53,7 Prozent, aus den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Kanada und 6,8 Prozent aus Deutschland. Es wäre auch gerechtfertigt, der Kommission das Mandat zu erteilen, die Aktivitäten der 30 US-amerikanisch-ukrainischen Biolabors zu untersuchen.

Was an dem «Spektakel» vom 12. Mai im Rat besonders anstössig ist, ist die Tatsache, dass die Staaten eine Rhetorik an den Tag legten, die dem Menschenrecht auf Frieden (Resolution 39/11 der Generalversammlung) und dem Recht auf Leben (Art. 6 ICCPR) zuwiderläuft. Im Vordergrund stand nicht die Rettung von Menschenleben durch die Suche nach Wegen zur Förderung des Dialogs und zur Erzielung eines vernünftigen Kompromisses zur Beendigung der Feindseligkeiten, sondern lediglich die Verurteilung Russlands und die Berufung auf das internationale Strafrecht – natürlich ausschliesslich gegen Russland. In der Tat haben sich die Redner bei der Veranstaltung in erster Linie mit «naming and shaming» beschäftigt, meist ohne Beweise, da viele der Anschuldigungen nicht durch konkrete, gerichtsverwertbare Fakten untermauert wurden. Die Ankläger stützten sich auch auf Behauptungen, die Russland bereits angesprochen und widerlegt hatte. Aber wie wir aus dem Text des *Simon & Garfunkel*-Songs «The Boxer» wissen – «Man hört, was man hören will, und ignoriert den Rest».

Gerade der Zweck einer Untersuchungskommission sollte darin bestehen, nachprüfbar Beweise auf allen Seiten zu sammeln und so viele Zeugen wie möglich zu hören. Leider verheisst die am 12. Mai angenommene Resolution nichts Gutes für Frieden und Versöhnung, denn sie ist erschreckend einseitig. Genau aus diesem Grund ist China von seiner Praxis der Stimmhaltung bei solchen Abstimmungen abgewichen und hat gegen die Resolution gestimmt. Es ist lobenswert, dass sich der chinesische Spitzendiplomat im UN-Büro in Genf, *Chen Xu*, für die Vermittlung des Friedens und eine globale Sicherheitsarchitektur aussprach. Er bedauerte: «Wir haben festgestellt, dass in den letzten Jahren die Politisierung und Konfrontation [im Rat] zugenommen hat, was seine Glaubwürdigkeit, Unparteilichkeit und internationale Solidarität stark beeinträchtigt hat.»

UN-Sicherheitsratssitzung: Dokumente zu Biolaboren in der Ukraine vorgelegt

Weitaus wichtiger als die rituelle Genfer Übung im Russland-Bashing und die atemberaubende Heuchelei der Resolution war eine weitere UN-Sitzung, diesmal im Sicherheitsrat in New York am Donnerstag, dem 12. Mai, wo der stellvertretende chinesische UN-Botschafter *Dai Bing* argumentierte, dass Anti-Russland-Sanktionen mit Sicherheit nach hinten losgehen würden. «Sanktionen werden keinen Frieden bringen, sondern nur das Ausufern der Krise beschleunigen und weitreichende Lebensmittel-, Energie- und Finanzkrisen auf der ganzen Welt auslösen.»

Am Freitag, dem 13. Mai, legte der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, *Vassily Nebenzia*, im Sicherheitsrat Beweise vor, die die gefährlichen Aktivitäten von etwa 30 US-Biolabors in der Ukraine dokumentieren. Er erinnerte an das Übereinkommen über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen von 1975 (BTWC) und äusserte seine Besorgnis über die enormen Risiken, die mit biologischen Experimenten verbunden sind, die in US-Kriegslabors wie Fort Detrick, Maryland, durchgeführt werden.

Nebenzia wies darauf hin, dass die ukrainischen Biolabors direkt von der *US Defense Threat Reduction Agency* im Dienste des *National Center for Medical Intelligence* des Pentagons beaufsichtigt wurden. Er bestätigte die Verbringung von mehr als 140 Behältern mit Ektoparasiten von Fledermäusen aus einem Biolabor in Charkow ins Ausland, ohne dass es eine internationale Kontrolle gab. Es besteht natürlich immer die Gefahr, dass Krankheitserreger für terroristische Zwecke gestohlen oder auf dem Schwarzmarkt verkauft werden. Es ist erwiesen, dass seit dem vom Westen inspirierten und koordinierten Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, *Viktor Janukowitsch*, im Jahr 2014 gefährliche Experimente durchgeführt wurden.

Es scheint, dass das US-Programm eine wachsende Zahl gefährlicher und wirtschaftlich relevanter Infektionen in der Ukraine ausgelöst hat. Er erklärte: «Es gibt Hinweise darauf, dass in Charkow, wo sich eines der Labore befindet, im Januar 2016 20 ukrainische Soldaten an der Schweinegrippe starben und 200 weitere ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Ausserdem kommt es in der Ukraine regelmässig zu Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest. Im Jahr 2019 gab es einen Ausbruch einer Krankheit, die pestähnliche Symptome aufwies.»

Nach Berichten des russischen Verteidigungsministeriums forderten die USA Kiew auf, die Krankheitserreger zu vernichten und alle Spuren der Forschung zu verwischen, damit die russische Seite nicht in den Besitz von Beweisen für ukrainische und amerikanische Verstösse gegen Artikel I der Biowaffenkonvention kommt. Dementsprechend beilegte sich die Ukraine, alle biologischen Programme einzustellen, und das ukrainische Gesundheitsministerium ordnete die Beseitigung der in den Biolabors gelagerten biologischen Wirkstoffe ab dem 24. Februar 2022 an.

Botschafter Nebenzia erinnerte daran, dass Unterstaatssekretärin *Victoria Nuland* bei einer Anhörung vor dem US-Kongress am 8. März bestätigte, dass es in der Ukraine Biolabore gebe, in denen biologische Forschung zu militärischen Zwecken betrieben werde, und dass es zwingend sei, dass diese biologischen Forschungseinrichtungen «nicht in die Hände der russischen Streitkräfte fallen dürfen».

Unterdessen wies die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, *Linda Thomas-Greenfield*, die russischen Beweise zurück, bezeichnete sie als «Propaganda» und spielte grundlos auf einen diskreditierten OPCW-Bericht über den angeblichen Einsatz von Chemiewaffen in Douma durch den syrischen Präsidenten *Bashar al-Assad* an, womit sie eine Art «Schuld durch Assoziation» herstellte.

Noch erbärmlicher war die Erklärung der britischen Botschafterin *Barbara Woodward*, die die Bedenken Russlands als «eine Reihe von wilden, völlig unbegründeten und unverantwortlichen Verschwörungstheorien» bezeichnete.

China fordert Vernichtung biologischer und chemischer Waffen

Auf dieser Sitzung des Sicherheitsrates forderte der chinesische Botschafter *Dai Bing* die Länder, die über Massenvernichtungswaffen (WMD), einschliesslich biologischer und chemischer Waffen, verfügen, auf ihre Bestände zu verzichten: «Wir lehnen die Entwicklung, Lagerung und den Einsatz biologischer und chemischer Waffen durch jedes Land unter allen Umständen entschieden ab und fordern die Länder, die ihre Bestände an biologischen und chemischen Waffen noch nicht vernichtet haben, auf, dies so schnell wie möglich zu tun. Jeder Hinweis auf biomilitärische Aktivitäten sollte für die internationale Gemeinschaft Anlass zu grosser Sorge sein.» China rief alle betroffenen Parteien dazu auf, relevante Fragen zeitnah zu beantworten und umfassende Klarstellungen vorzunehmen, um die berechtigten Zweifel der internationalen Gemeinschaft auszuräumen.

Vermutlich werden die Mainstream-Medien den Erklärungen der USA und des Vereinigten Königreichs grosse Aufmerksamkeit schenken und die Beweise, die die Vorschläge Russlands und Chinas liefern, geflissentlich ignorieren.

Es gibt noch mehr schlechte Nachrichten für Frieden und nachhaltige Entwicklung. Schlechte Nachrichten für die Abrüstung, insbesondere die nukleare Abrüstung; schlechte Nachrichten für die ständig steigenden Militärbudgets und die Verschwendung von Ressourcen für das Wettrüsten und den Krieg. Wir haben gerade von der Bewerbung Finnlands und Schwedens um den Beitritt zur Nato erfahren. Ist ihnen klar, dass sie damit einer «kriminellen Organisation» im Sinne von Artikel 9 des Statuts des Nürnberger Tribunals beitreten? Sind sie sich der Tatsache bewusst, dass die Nato in den letzten 30 Jahren das Verbrechen der Aggression und Kriegsverbrechen in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien begangen hat? Natürlich ist die Nato bisher ungestraft davongekommen. Aber dass sie «ungestraft davonkommt», macht diese Verbrechen nicht weniger kriminell.

Glaubwürdigkeit schwer verletzt

Die Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsrates ist zwar noch nicht am Ende, aber wir müssen zugeben, dass sie schwer verletzt ist. Der Sicherheitsrat verdient leider auch keine Lorbeeren. Beide sind Gladiatorenarenen, in denen die Länder nur versuchen zu punkten. Werden sich diese beiden Institutionen jemals zu zivilisierten Foren für konstruktive Debatten über Fragen von Krieg und Frieden, Menschenrechten und dem Überleben der Menschheit entwickeln?

Quelle: *Counterpunch* vom 18. Mai 2022
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

* Alfred de Zayas ist Professor für internationales Recht an der Genfer Schule für Diplomatie und internationale Beziehungen in der Schweiz. Von 2012–2018 war er Unabhängiger Uno-Experte für Internationale Ordnung. Er ist Autor vieler Bücher, zuletzt «Building a Just World Order», Clarity Press, 2021.

Vom «Kalten Krieg» zum «Hass-Krieg» gegen Russland

von Christian Müller

Die Zeit von 1945 bis um 1990 läuft in Europa historisch unter dem Namen «Kalter Krieg». Die Kontakte mit Russland in Kultur und Sport aber waren auch in dieser Zeit freundlich. Heute aber werden auch sportliche, kulturelle und sogar wissenschaftliche Kontakte mit Russland vom Westen unterbunden: Man soll Russland einfach nur noch hassen.

Am 8. Mai 1945 – in Moskau war es schon der 9. Mai – kapitulierte Nazi-Deutschland bedingungslos. Damit war der Zweite Weltkrieg formal zu Ende, auch wenn in verschiedenen Regionen der Welt weiterhin gekämpft wurde. Deutschland wurde in vier Zonen aufgeteilt, und diese wurden den vier Siegermächten Sowjetunion, USA, Grossbritannien und Frankreich zugeteilt. Aber vor allem der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme wegen – Kapitalismus im Westen, Kommunismus in der Sowjetunion – blieben zwischen den Siegermächten massive Spannungen erhalten. Es war die Zeit des sogenannten Kalten Krieges, der sich ab dem 13. August 1961 mit dem Mauerbau in Berlin auch in erheblichen Reisebeschränkungen sichtbar machte.

Nichtsdestotrotz: Man verkehrte miteinander, hatte Kontakte, nicht zuletzt in den Bereichen Sport und Kultur. In der Schweiz gab es zum Beispiel Konzerte des Chors der *Don Kosaken* unter *Serge Jaroff*, ich selber ging in Baden (Aargau) zum Beispiel auch an ein Konzert der absolut phantastischen slowakischen Sängerin *Hana Hegerová*. Und umgekehrt: Ich selbst begleitete im Jahr 1972 meinen Freund, den Musiker *André Jacot*, mit seinem Streichquartett nach Prag und nach Warschau, wo das Quartett Konzerte gab.

Gut in Erinnerung geblieben ist mir aber vor allem auch meine erste Reise nach Moskau, damals im Kalten Krieg, im Jahr 1986. Ich war damals Chefredakteur der «Luzerner Neusten Nachrichten» (LNN), und wir waren die Sponsoren des *Fussball-Clubs Luzern FCL* mit den unvergesslichen Leibchen «Siehe LNN.» Da am 17. September 1986 ein UEFA-Cup-Spiel des FCL gegen den Fussballclub *Spartak Moskau* auf dem Programm stand, beschloss *Friedel Rausch*, der damalige Trainer des FCL, zwei Wochen vor diesem Cup-Spiel ein Spiel Spartak gegen *Dniepr* in Moskau zu besuchen, um die Spielweise und Taktik von Spartak zu studieren und damit die Gewinnchancen des

FCL zu erhöhen. Mit ihm reisten der damalige FCL-Präsident *Romano Simioni* und der Vizepräsident *Fredy Egli* – und eben auch ich als interessierter Medien-Mann. Noch konnte man damals nicht von Zürich nach Moskau fliegen, wir mussten mit dem Zug nach Paris fahren, um dort einen Flug nach Moskau nehmen zu können. Und in Moskau, wo wir einen Dolmetscher hatten, schauten wir uns natürlich auch die Stadt an.

Heute werden Sport- und Kulturkontakte mit Russland gezielt unterbunden

Um beim Fussball zu bleiben: Die Europäische Fussball-Union UEFA hat beschlossen, dass Russland nicht an der *Nations League* und an der Frauen-EM teilnehmen darf, und Russland darf sich auch nicht mehr für die Austragung der Europameisterschaften 2028 und 2032 – in mehr als zehn Jahren! – bewerben. Und um auf die Kultur und auf Luzern zurückzukommen: «Lucerne Festival» hat die beiden Konzerte des «Mariinsky Orchestra» mit dem russischen Dirigenten *Valery Gergiev* am 21. und 22. August 2022 aus politischen Gründen abgesagt.

Heute werden sogar Konzerte, in denen Kompositionen des russischen Komponisten *Peter Tschaikowski* (1840–1893) auf dem Programm stehen, abgesagt. Und die Univer-



(Bild zvg)

zf. *Christian Müller* (*1944) ist ein Schweizer Journalist und Buchautor. Er studierte Geschichte und Staatsrecht an der Universität Zürich und schloss, nachdem er journalistisch bereits sehr engagiert war, 1974 mit einer sozial-

historischen Dissertation ab. Danach war er 35 Jahre als Redaktor und Chefredaktor verschiedener Schweizer Tages- und Wochenzeitungen sowie im Medien-Management und in der Medien-Beratung tätig, einige Jahre davon auch in der Tschechischen Republik. Er bereiste als Journalist mehr als 50 Länder, u.a. in Amerika, Afrika, Australien/Neuseeland und China, immer mit besonderem Blick auf die kulturellen Eigenarten der jeweiligen Länder und auf deren soziale Verhältnisse.

Seit 2009 arbeitet er wieder ausschliesslich als unabhängiger Journalist mit Schwerpunkt West-Ost-Spannungen und weiteren geopoliti-

schischen Themen. Die West-Ost-Konflikte der letzten 30 Jahre hat er als Journalist aufmerksam verfolgt.

Er lebt abwechselnd in der Schweiz, Italien und Tschechien.

Nicht nur all diese Absagen und Verbote, jetzt wird Musik sogar zur Polit-Propaganda missbraucht

Die Musik ist die einzige «Sprache», die rund um die Welt verstanden wird und auch Menschen mit ganz unterschiedlichem kulturellem Hintergrund zusammenbringen kann. Doch nicht genug, dass Musik von russischen

trüge zum gegenwärtigen internationalen Geschehen. Christian Müller: «Die Geopolitik [ist] zu sehr aus dem Fokus der grossen Medien geraten. Und da, wo sie noch oder wieder ein aktuelles Thema ist, ist die Sicht beängstigend einseitig – einseitig aus der Sicht der Nato.»

Machen Sie sich selbst ein Bild: globalbridge.ch

Globalbridge

Im März 2022 gründete Christian Müller die politisch und finanziell unabhängige Plattform «Globalbridge», um nach eigenen Angaben «im Rahmen des uns Möglichen etwas gegen den Hass auf dieser Welt zu unternehmen, die Menschen aufzurufen, miteinander zu reden, statt einander gegenseitig zu beschuldigen oder gar aufeinander zu schiessen. Das unsäglich viele Geld, das international für die militärische Aufrüstung ausgegeben wird, muss umgeleitet werden in gegenseitige Verständigung und Ausgleich zwischen Reich und Arm. Wir müssen lernen, Andersgläubige und Andersdenkende zu akzeptieren und mit oder auch ohne Grenzen friedlich zusammenzuleben.»

Auf «Globalbridge» findet der interessierte eine reiche Auswahl gut recherchierter Bei-

spielungen. Die West-Ost-Konflikte der letzten 30 Jahre hat er als Journalist aufmerksam verfolgt. Er lebt abwechselnd in der Schweiz, Italien und Tschechien.

trüge zum gegenwärtigen internationalen Geschehen. Christian Müller: «Die Geopolitik [ist] zu sehr aus dem Fokus der grossen Medien geraten. Und da, wo sie noch oder wieder ein aktuelles Thema ist, ist die Sicht beängstigend einseitig – einseitig aus der Sicht der Nato.»

Machen Sie sich selbst ein Bild: globalbridge.ch



Widerstand in Lateinamerika gegen US-Hegemonie

gl. Vom 8. bis 9. Juni findet das nächste Gipfeltreffen der amerikanischen Staaten in Los Angeles statt. Mitglieder der OAS (*Organisation amerikanischer Staaten*) sind sowohl Kanada und die USA als auch die 32 lateinamerikanischen und karibischen Staaten. Die 1948 gegründete Organisation wird schon seit mehreren Jahren von verschiedenen Regierungen Lateinamerikas wegen zu starker Beeinflussung durch die USA kritisiert. Kuba wurde nach jahrzehntelangem Ausschluss erstmals 2015 zu einem Gipfeltreffen eingeladen, nachdem sich alle Staaten Lateinamerikas dafür ausgesprochen hatten. Die beginnende Normalisierung in den Beziehungen der USA zu Kuba wurde bereits 2018 von Präsident *Trump* wieder abgebrochen, und die Sanktionen wurden weiter verschärft. Diese Politik wurde bisher auch von der *Biden*-Regierung fortgeführt. Die US-Regierung als diesjähriger Gastgeber des Amerika-Gipfels gab bekannt, Kuba, Nicaragua und Venezuela nicht einzuladen, da sie keine Demokratien seien.

Der mexikanische Präsident *Andrés Manuel López Obrador* forderte daraufhin mehrfach, dass kein Land vom Gipfeltreffen ausgeschlossen sein dürfe. Kuba, Nicaragua und Venezuela seien Teil von Amerika und müssten auch teilnehmen können.

Auf einer Reise durch die zentralamerikanischen Staaten Guatemala, El Salvador, Honduras und Kuba wies López Obrador immer wieder auf die Bedeutung eines geeinten Amerika hin. Er gab bekannt, am Gipfel in Los Angeles nur teilzunehmen, wenn auch Venezuela, Kuba und Nicaragua eingeladen seien. Es solle ein Gipfel des Dialogs und der Brüderlichkeit werden. «Niemand – und sei er noch so mächtig – hat das Recht,

ein Land schlecht zu behandeln, und sei es noch so klein. Alle Nationen sind frei und unabhängig, souverän. Es gibt keine Nation, die sich als Herrscher der Welt aufspielen kann. Weder Russland, noch China, noch die Vereinigten Staaten.»¹ Weitere Länder schlossen sich der Forderung an: Guatemala, Bolivien, Honduras sowie 13 karibische Staaten. Auch Brasilien und Argentinien zögern mit der Zusage ihrer Teilnahme.

Die US-Regierung kann über diese Forderung nicht mehr einfach hinweggehen. Die Zeiten sind vorbei, in denen die USA allein den Ton angeben haben. Mitte Mai kündigten die USA kleine Lockerungen bei der Wirtschaftsblockade gegen Kuba an. So dürfen Kubaner vom Ausland her wieder mehr als nur die lächerliche Höchstsumme von 1000 Dollar vierteljährlich an ihre Angehörigen in Kuba überweisen. Gleichzeitig kündigten die USA die Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Ölkonzern *Chevron* und dem bisher schwer sanktionierten venezolanischen staatlichen Ölkonzern an. Dass dieser Entscheid wohl nicht ganz uneigennützig erfolgte, wurde in Lateinamerika durchaus bemerkt. Die grosse mexikanische Zeitung «La Jornada» sieht in ihrem Editorial vom 18. Mai den Zusammenhang zwischen den aus ihrer Sicht allerdings unzureichenden, plötzlichen Zugeständnissen an Kuba und Venezuela und der «zunehmenden Ablehnung der willkürlichen Politik Washingtons auf dem Kontinent». Es müssten allerdings sämtliche Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden, «denn sie sind unmoralisch und ungerecht, sie verursachen permanente Wirtschaftskrisen in den Ländern, die ihre Opfer sind, sie führen zu Leid und Ent-

behungen in der jeweiligen Bevölkerung und sind letztlich völlig unwirksam, wie die anhaltende Blockade gegen die kubanische Revolution beweist, die seit 60 Jahren keine wesentlichen Änderungen auf der Insel bewirkt hat.» Die Länder im Süden der Vereinigten Staaten sollten «ihre Forderung an die Supermacht verstärken, ihre ausgrenzende und illegale Politik aufzugeben, die Koexistenz und den Dialog mit Regierungen unterschiedli-

cher Ausrichtung zu akzeptieren und ein für allemal ihren Anspruch aufzugeben, anderen Ländern vorzuschreiben, wie sie sich zu regieren hätten.»²

¹ <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/05/21/politica/no-se-gana-nada-con-la-division-amloal-referirse-a-cumbre/> vom 21.5.2022

² <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/05/18/opinion/washington-cambios-insuficientes-20220518/> vom 18.5.2022

Mexiko will Assange Asyl gewähren

Angesichts der drohenden Auslieferung von *Julian Assange*, dem Gründer von *WikiLeaks*, an die Vereinigten Staaten, wo ihm Spionage vorgeworfen wird, hat Präsident *Andrés Manuel López Obrador* heute sein Angebot bekräftigt, dem Cyber-Aktivistin Asyl zu gewähren, und gefordert, nicht im Wege der Konspiration gegen ihn vorzugehen.

Bei der Pressekonferenz heute morgen im Nationalpalast wurde der Präsident zum Fall Assange befragt, nachdem die britische Justiz im April letzten Jahres die Tür für seine Auslieferung geöffnet hatte.

«Wir sind für seine Freilassung, weil er eine politisch verfolgte Person ist. Es ist eine Schande, dass eine Person, die wertvolle Informationen offenlegt, weil in diesen Informationen Korruptionsfälle, Verbrechen von Regierungen und alles, was die Elite im verborgenen tut, plötzlich auf Grund ihrer Ermittlungen ans Licht kommt, und die Person, die diese Informationen veröffentlicht, bestraft wird, weil sie angeblich vertrauliche Angelegenheiten verletzt hat», betonte der Präsident.

Vor allem sollte, so betonte er, der Kern der Beschwerde darin bestehen, – gestützt

auf die von Assange enthüllten Informationen – die, wie er sagte, «äusserst schwerwiegende Einmischung» in Regierungsangelegenheiten und aller Art (durch die Vereinigten Staaten) aufzuzeigen.

«Der Journalist wird verurteilt, er sollte seine Freiheit bekommen, und – wenn er es wünscht – könnten er, seine Familie, seine Anwälte und Freunde in unserem Land Asyl bekommen. Das ist unsere Position, und wenn es eine Zusammenarbeit gibt, so hängt das von ihnen ab. Ich hoffe, dass alle Elemente berücksichtigt werden und dass sie auf keinen Fall konspirativ handeln, sondern dass die Gerechtigkeit siegt», sagte López Obrador.

Er erinnerte daran, dass er selbst und seine Bewegung «während des Wahlbetrugs (von 2006) drangsaliert wurden und dass in diesen Meldungen (von *WikiLeaks*) alle Informationen auftauchen, aber es ist nicht nur in unserem Fall so, und wir wissen nicht, ob sie es in der Welt nicht weiterhin tun».

Quelle: <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/05/26/politica/reitera-lopez-obrador-ofrecimiento-de-asilo-a-assange/>

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Kann Europa ohne Russland existieren?

von Michel Pinton

Die im Titel erscheinende Frage war diejenige, die ich den Teilnehmern eines Seminars stellte, das ich vor 30 Jahren organisiert habe. Das war 1994. Russland erstand damals mühsam aus den Ruinen des Sowjetreichs. Seine lange Gefangenschaft hatte es erschöpft. Angesichts der endlich erlangten Freiheit hatte es nur einen Wunsch: wieder sich selbst sein zu können. Dazu musste es wieder zurück zu seinen Stärken finden. Darunter verstehe ich nicht nur seinen materiellen Wohlstand, den die Bolschewiken zertrümmert hatten, sondern auch seine verwursten sozialen Beziehungen, seine zusammengebrochene politische Ordnung, seine verzerrte Kultur und auch seine verlorene Identität.

Ich war damals Abgeordneter im Europäischen Parlament. Es schien mir ein Gebot der Stunde zu verstehen, was das neue Russland war, welchen Weg es einschlagen würde und wie Europa und die westliche Welt mit ihm zusammenarbeiten könnten. Ich hatte dazu die Idee, mit einer Delegation von Abgeordneten nach Moskau zu reisen, um über diese Themen mit unseren Kollegen von der nationalen Duma zu diskutieren. Ich setzte davon auch Philippe Séguin in Kenntnis, der damals Präsident der französischen Nationalversammlung war. Er unterstützte mein Projekt sofort. Die russischen Abgeordneten antworteten positiv auf unseren Vorschlag und luden uns ein, zu ihnen zu kommen. Wir stimmten beiderseits überein, unsere Delegationen noch mit Experten zu erweitern aus den Bereichen Wirtschaft, Verteidigung, Kultur und Religion, und ihre Gedanken in unsere Debatten einzubeziehen.

«Wir wollten die Politik der Verständigung weiterführen»

Séguin und ich waren nicht nur von der Neugierde getrieben, welche die damals noch unentschiedene Nation in uns weckte. Wir betrachteten uns als die geistigen Erben einer französischen Denkschule, der zufolge Europa sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt und seine Einheit nicht nur geographisch zu verstehen ist, sondern auch in ihrer menschlichen Dimension. Auch wir teilten die Einschätzung, dass der Friede, die wirtschaftliche Entwicklung und die Fortschritte in unseren geistigen Errungenschaften nur dann dauerhaft unseren Kontinent prägen werden, wenn seine Nationen ein Ende machten damit, sich gegenseitig zu zerstören oder sich gegenseitig zu ignorieren. Wir wollten die Politik der Verständigung weiterführen, wie sie Charles de Gaulle von 1958 bis 1968 begonnen hatte und wie sie dann, nur kurz, von François Mitterrand aufgenommen wurde mit seinem Konzept der «Grossen Europäischen Konföderation» [«Grande confédération» européenne].

Wir kannten das Hindernis, das unserem Projekt im Wege stand. Es hiess Nato.

De Gaulle hatte vor der Nato gewarnt

De Gaulle hatte als erster und unermüdet vor dem System gewarnt, «mittels dessen Washington über die Verteidigung und damit über die Politik und damit sogar über die Territorien seiner europäischen Verbündeten verfügt». Er hat betont, dass es niemals «ein wirklich europäisches Europa» geben könne, solange sich die westlichen Nationen nicht von der «schwerwiegenden Bevormundung» befreien würden, welche die Neue Welt der Alten aufdrückte. Er zeigte auch, wie dieser Weg einzuschlagen war, indem er «Frankreich aus einem Bündnis unter amerikanischem Kommando» herausführte. Die anderen Regierungen hatten es nicht gewagt, seinem Beispiel zu folgen. Aber der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und die Auflösung des Warschauer Paktes schienen uns die Politik des französischen Präsidenten zur Genüge zu rechtfertigen: Es war mit Händen zu greifen, dass die Nato, die damit ihre Existenzberechtigung verloren hatte, nun aufgelöst werden musste.

Nichts stand einer engeren Verständigung zwischen allen Völkern Europas mehr im

Wege. Séguin, ein Staatsmann mit der Fähigkeit vorauszu denken, sah schon die Konturen einer «europa-eigenen neuen Sicherheitsorganisation» in Form eines «europäischen Sicherheitsrates, innerhalb dessen die vier oder fünf Hauptmächte, darunter Russland und Frankreich, ein Vetorecht ausübten».

Ein Seminar in Moskau, 1994

Den Kopf voll von diesen Ideen bestieg ich das Flugzeug nach Moskau. Séguin wurde durch eine ausserordentliche parlamentarische Session in Paris festgehalten. Unser Seminar dauerte drei Tage. Die russische Elite nahm daran mit ebenso grossem Eifer teil wie die Vertreter aus Westeuropa. Von unserem Austausch blieb mir eine Hauptidee unvergesslich. Unsere Gesprächspartner zeigten sich besorgt über den Ausgang zweier Fragen von prinzipiellem Gewicht für die Zukunft ihrer Nation: Welche Völker gehören zu Russland? Wie kann die Sicherheit der neuen Nation gewährleistet werden?

Die erste Frage fächerte sich auf in eine Vielzahl kniffliger Grenzprobleme und solchen von Vorrechten, welche die ehemalige Sowjetunion gewährt hatte. Die zweite war überschattet vom Wiederaufleben tragischer Erinnerungen an die vergangenen Invasionen. Einige vertraten die Ansicht, dass die Antworten auf diese Fragen in brüderlichem Austausch mit Westeuropa zu finden seien, dessen Nationen gelernt hätten, in Frieden nebeneinander zu leben. Andere, welche die Idee zurückwiesen, Russland habe eine europäische Mission zu erfüllen, sahen für Russland eher eine eigene Entwicklung voraus, welche sie «euroasiatisch» nannten. Natürlich waren wir mehr von der ersten Gruppe angetan. Ihr unterbreiteten wir unsere Vorschläge. Damals war diese Gruppe eindeutig die stärkere.

Wenn Russland nicht verstanden wird

Wenn ich mir, 30 Jahre später, die Entwicklungen dieses Seminars wieder in Erinnerung rufe, erkenne ich schweren Herzens, wie recht ein herausragender Akademiker, Mitglied des Präsidialrates, bekommen sollte, als er damals sagte: «Wenn der Westen keinerlei Absicht zeigt, Russland zu verstehen, wenn Moskau nicht das erreicht, was ihm so am Herzen liegt – ein effektives europäisches Sicherheitssystem –, wenn Europa unsere Isolation nicht vermeidet, dann wird sich Russland unvermeidlich in eine revisionistische Macht verwandeln. Es wird sich nicht mit dem Status quo zufriedengeben und aktiv versuchen, den Kontinent zu destabilisieren.»

Warum hat unsere Generation so jämmerlich versagt?

2022 passiert genau das. Aus was für Gründen hat unsere Generation in diesem Vereinigungswerk so jämmerlich versagt? 1994 schien es uns doch so greifbar.

Bei uns herrscht nun die Tendenz vor, die Verantwortung für dieses Versagen einzig und allein einer Person zuzuschreiben: Wladimir Putin. Putin sei ein «unerbittlicher Diktator, chronischer Lügner und darauf aus, ein verschwundenes Reich wieder herzustellen». Ihn müsse man bekämpfen, sogar «eliminieren». Nur dann könne die Demokratie, dieses Glanzstück des Okzidents, den Sieg über den Orient davontragen.

Das ist die Aufgabe, vor die uns der amerikanische Präsident Joe Biden stellt. Seine Erklärungen dazu haben den Vorteil, dass sie einfach sind, aber sie sind so stark den eigenen Interessen verpflichtet, dass sie nicht einfach so hingenommen werden können. Wer auch immer sich nicht von den hochgepeitschten Emotionen des Augenblicks dominieren lässt, kann ohne weiteres erkennen, dass das Problem Europas sehr viel vielschichtiger ist und tiefer geht.

Der Westen hat sich zunehmend vom Osten distanziert

Man kann die Geschichte unseres Kontinents der letzten 30 Jahre dahingehend resümieren, dass sich der Westen zunehmend von seinem Osten distanzierte.

Im ehemaligen Sowjetreich bestand das Hauptproblem darin, und es besteht immer noch, Nationen zu schaffen, die wieder an ihre eigene Vergangenheit anknüpfen, wieder sich selbst werden und in Sicherheit leben können. Für Russland heisst das: alle Völkerschaften um sich zu einen, die sich dem Mutterland zugehörig fühlen, sowie stabile und vertrauensvolle Beziehungen mit den Bruderländern Weissrussland, der Ukraine und Kasachstan zu gestalten, gleichzeitig dazu ein Sicherheitssystem aufzubauen, das sie gegenüber äusseren Anfeindungen und Gefahren schützt.

Für die Führungskräfte der Länder Westeuropas sahen die vordringlichen Probleme ganz anders aus. Seit dem Fall der Berliner Mauer haben sie ihre Aufmerksamkeit, ihre Verausgaben und ihr Vertrauen ganz dem gewidmet, was sie «Europäische Union» nannten. Der Vertrag von Maastricht, die Schaffung ihrer Einheitswährung, der Vertrag von Lissabon (eine Art europäischer Verfassung), das war, was sie beschäftigte, und zwar in einem Intensitätsgrad, der nicht viel anderes mehr zulies.

Die Eliten im Westen hielten die Existenz von Nationen für überholt

Während es im Osten darum ging, alle Energie darauf zu konzentrieren, die verlorene Zeit in der nationalen Geschichte aufzuholen, wurden die Eliten im Westen von einem unwiderstehlichen Trieb geleitet, die Existenz von Nationen zu überwinden und statt ihrer den «espace européen» (europäischen Raum) in rationelle Organisationsbereiche einzuteilen. Das Problem der nationalen Sicherheit stelle sich nicht mehr, weil alle Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsstaaten von supranationalen Instanzen geregelt werden. Der Friede in Europa habe sich durchgesetzt und sei endgültig. Man kann zusammenfassend sagen, dass der europäische Westen davon ausgeht, er habe die Idee der Nation überwunden und ein stabiles System geschaffen, das gleichbedeutend ist mit einem Happy-End seiner Geschichte.

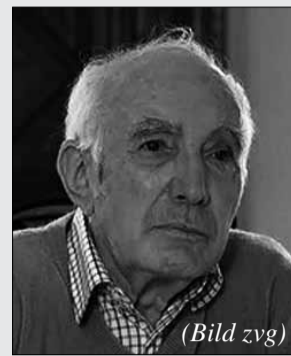
Dagegen steht Russland vor brennenden Fragen bezüglich der Idee der Nation und hat ein starkes Gespür für schmerzhaft Begegnungen mit der Geschichte. Aus diesen Bedingungen heraus verfügen heute der Osten und der Westen Europas nicht mehr über vieles, das miteinander ausgetauscht werden könnte, ausser Erdöl und Werkzeugmaschinen, ein Austausch, der allerdings auf einem zu tiefen Niveau angesiedelt ist, als dass er die bestehenden Divergenzen in ihrer verschiedenen Welt- und Selbstsicht abbauen könnte.

Heute ist die Nato weitaus gefährlicher als zu Zeiten der beiden Blöcke

Aus diesen Gründen ist die Nato zu einem Stein des Anstosses geworden, weitaus gefährlicher als noch zu Zeiten der beiden Blöcke. Im Westen Europas wird die militärische Organisation unter Aufsicht Washingtons wie eine gütige Vorsehung angesehen, die es davor bewahren wird, dass sich die Geschichte auch wieder einmal zurückmelden könnte. Sie erlaubt es den Bevölkerungen der Mitgliedsländer, ohne irgendwelche Beunruhigung «die Dividenden des äusseren Friedens» einzustreichen, so wie sie es, was den inneren Frieden betrifft, durch die Existenz der EU tun. In Russland dagegen erscheint die Nato als tödliche Gefahr. Sie ist ganz in der Hand einer Grossmacht, die seit dem Fall der Berliner Mauer mehrfach gezeigt hat, dass sie die Welt-herrschaft sowie die Hegemonie über Europa will. Die Vereinnahmung Polens, der drei baltischen Staaten und Rumäniens, alle in unmittelbarer Nähe Russlands, in einen Raum, der von den Amerikanern geschützt wird, wurde im Westen stürmisch gefeiert. In Moskau löste der Streich Alarm und Zorn aus.

Was ist mit Frankreich?

Und was ist mit Frankreich? Warum hat es das voranschreitende Auseinanderdriften unseres Kontinents nicht verhindert? Aus dem einfachen Grunde, dass seine Führungsschicht entschieden hat, ein für alle-



(Bild zvg)

zf. Michel Pinton, geboren 1937, ist Ingenieur und ein französischer Politiker, Buchautor und Publizist. In den sechziger Jahren arbeitete er in den USA für Robert Kennedy und später an der Princeton University, wo ihn Valéry Giscard d'Estaing – damals französischer Finanzminister – 1968 bei einem Vortrag kennenlernte. Als Spezialist für Meinungsumfragen und Wahlkampagnen wurde Michel Pinton einer der Mitarbeiter von Valéry Giscard d'Estaing, der 1974 zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Er war Gründungsmitglied der UDF (L'Union pour la démocratie française) und wurde 1978 Generaldelegierter und 1981 Generalsekretär. Als Gegner der militärischen Abschreckung trat er 1983 von seinem Amt als Generalsekretär der Partei zurück und aus der Partei aus. 1992 nahm er gegen die Einheitswährung Euro Stellung, 1993 und 1994 war er Abgeordneter im Europäischen Parlament. Von 1995 bis 2008 war er Bürgermeister der französischen Gemeinde Fellestin. 1998 trat er dem Pôle républicain von Jean-Pierre Chevènement bei.

mal dem Mythos «Europäische Union» die absolute Priorität einzuräumen. Da war es nur logisch, dass es sich in sein natürliches Anhängsel mit hineinziehen liess, die Nato. Jacques Chirac hat die militärische Expedition gegen Serbien gutgeheissen, zwar mit teilweise Widerspruch, aber durchaus explizit.

Sarkozy vollzog dann den Schritt des Wiedereintritts. Hollande und Macron haben uns immer enger in die Organisation eingebunden, die den Befehlen von jenseits des Atlantiks gehorcht. Von diesem Zeitpunkt an haben unsere Präsidenten viel Kredit verloren, wenn sie vorgaben, für den Frieden und die Verständigung in Europa zu handeln. Dazwischen gab es immer wieder Anläufe, die amerikanische Vormundschaft abzuschütteln und sich auf die Mission zu besinnen, die de Gaulle vorgezeichnet hatte. Als Chirac sich weigerte, sich an der amerikanischen Aggression gegen den Irak zu beteiligen, als Sarkozy mit Moskau die Bedingungen eines Waffenstillstands in Georgien aushandelte, als Hollande die Minsker Vereinbarungen aufgleiste, um den Kämpfen in der Ostukraine ein Ende zu setzen, waren das alles Taten, die sich unserer Aufgabe in Europa als würdig erwiesen. Es ist uns sogar gelungen, Deutschland mitzubeteiligen. Aber leider waren diese Ansätze improvisiert, partiell und von kurzer Dauer.

«Ein Abgrund des Nichtverstehens teilt Europa»

Die geschilderten Abläufe zeigen, dass Europa sich abermals in zwei Teile gespalten hat. Die Ukraine hat das Unglück, genau auf der neuen Bruchlinie des Kontinents zu liegen und bezahlt dafür nun einen bitteren Preis mit Blut, Tränen und Zerstörung. Russland erhebt Anspruch auf die Ukraine im Namen seiner Geschichte. Die EU tut das gleiche und beschwört die demokratischen Rechte, welche ihr zufolge stärker sind als die Geschichte. Die Nato profitiert von diesem unlösbaren Streit, um ihre Schachfiguren in aller Stille weiter nach vorne zu rücken und damit das Ende des Krieges weiter zu komplizieren.

Fortsetzung auf Seite 4

Was wäre, wenn ...

Deutschland und der Ukraine-Krieg

von Karl-Jürgen Müller

Angetrieben durch andere Nato-Staaten und die privaten und öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland, überbieten sich die meisten Politiker und Behördenvertreter des Landes seit dem 24. Februar 2022 mit russlandfeindlicher Rhetorik und Treueschwüren zum transatlantischen Bündnis, die es so selbst im ersten Kalten Krieg nicht gegeben hat. Und bislang gibt es noch keinerlei Anzeichen für eine Besserung. Jüngste Beispiele waren die Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers und die sich daran anschließenden Wortmeldungen im Deutschen Bundestag am 19. Mai, aber auch die Rede des Präsidenten des deutschen *Bundesamtes für Verfassungsschutz* vom selben Tag.

Warum ist eine Rede von *Thomas Haldenwang* überhaupt erwähnenswert? Dass Behördenleiter und Behördenvertreter in Deutschland mittlerweile derart der Politik nach dem Munde reden, hat nichts mehr mit dem zu tun, was sich die Deutschen nach 1945 von ihren Staatsdienern erhofft hatten: eigenständig denkende Persönlichkeiten, erfüllt vom Gemeinwohlgedanken, der Verfassung des Landes sowie Recht und Gesetz verpflichtet, nicht aber den gerade den Ton angehenden Medien und Politikern.

Der russische Aussenminister *Sergej Lawrow* hat den aktuellen Zustand unserer Länder in einer Rede vom 14. Mai 2022 zu charakterisieren versucht und nicht nur gesagt, der Westen habe Russland «einen totalen hybriden Krieg erklärt». Sondern auch: «Das Erstaunliche ist, dass in fast allen <zivilisierten> Ländern eine wütende Russophobie um sich greift. Sie haben ihre politische Korrektheit, ihren Anstand, ihre Regeln und Rechtsnormen in den Wind geschlagen.»

Man sollte diese Worte nicht als russische Propaganda abtun.

Unerträglich geworden

Das, was unsere Medien, unsere Politiker, unsere Behördenvertreter derzeit tagtäglich von sich geben, ist unerträglich geworden. Wenn man dabei nicht mitmachen, sich nicht unterziehen oder das eigene Denken und Fühlen nicht betäuben will, hält man es nur aus, wenn man die Ereignisse und das Verhalten der «Verantwortlichen» mit wachem Verstand und gesundem Abstand analysiert, sich emotional nicht zu sehr reinziehen lässt ... und die Frage nicht vergisst, was eigentlich «normal» wäre, vernünftig und emotional angemessen in Anbetracht der Tragödie, die nicht erst am 24. Februar 2022 begonnen hat, die auch nicht nur die Ukraine betrifft, sondern den Gesamtzustand unserer heutigen Welt.

Ich stelle mir zum Beispiel vor, wie die Regierungserklärung eines deutschen Kanzlers am 19. Mai 2022 hätte lauten können, die ernstgenommen hätte, was der russische Aussenminister fünf Tage zuvor gesagt hatte, und die die Hand zum Frieden ausgestreckt hätte.

Kerngedanken einer erdachten Kanzlerrede

Hier soll selbstverständlich kein vollständiger Redetext formuliert werden; aber ein paar

«Deshalb hätte der deutsche Kanzler sagen können, dass es nun allerhöchste Zeit ist, einen anderen, ganz anderen Weg einzuschlagen, eine wirkliche <Zeitenwende>, die erkennt, dass eine Welt voller Feindbilder, ein Europa gegen Russland kein Ausblick sein kann, sondern nur selbstzerstörerisch für ganz Europa ... Und dass er deshalb den Kurs der deutschen Politik ändern, grundlegend ändern will. Und dass er auch in der EU, in ganz Europa und auch bei den Verbündeten in den USA dafür werben will. Dass er seinem Amtseid, seine <Kraft dem Wohle des deutschen Volkes [zu] widmen, seinen Nutzen [zu] mehren, Schaden von ihm [zu] wenden> nun vollumfänglich nachkommen will. Vor allem aber dem Gebot des Grundgesetzes, <dem Frieden der Welt zu dienen>.»

Kerngedanken einer solchen erdachten Rede. Der deutsche Bundeskanzler hätte seine Rede mit der *Charta der Vereinten Nationen* vom Juni 1945 beginnen können; mit dem Versuch vieler ernsthafter und durch Tod und Zerstörung aufgerüttelter Politiker aus der ganzen Welt, nach dem Ende des europäischen Krieges eine Grundlage für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander souveräner Nationen und selbstbestimmter Völker zu schaffen. Und wie schwierig es schon damals war, den Worten Taten folgen zu lassen. Denn nur wenige Wochen nach der Verabschiedung der Charta und der Hoffnung auf eine bessere Welt warfen Bomberpiloten eines Gründungsmitglieds der Uno auf Japan die ersten beiden Atombomben ab und töteten damit Zigtausende unschuldige Menschen.

Der deutsche Bundeskanzler hätte auf die mehr als 10 Millionen weiteren Kriegstoten zwischen 1945 und 1990 verweisen können, auf das Versagen der Weltgemeinschaft und insbesondere der grossen Mächte, ihre Macht- und Geldinteressen hinter ein weltweites *Bonum commune* zurückzustellen.

Auf die Hoffnungen der Menschen überall auf der Welt, 1990, nach dem Ende eines Kalten mit vielen heissen Kriegen, nun doch noch eine friedlichere und gerechtere Welt aufbauen zu können.

Bittere Enttäuschung an vielen Orten der Welt

Und auf die bittere Enttäuschung an vielen Orten der Welt, als ein Land der Erde und dessen einflussreiche Kräfte nach der einzigen Weltmacht griffen und dabei erneut viele Staaten und Völker mit Kriegen und anderen Plagen überzogen. Und überhaupt nicht bereit waren, so etwas wie Gleichberechtigung unter den Völkern und Staaten der Welt gelten zu lassen. Im Gegenteil, andere Völker und Staaten galten als Vasallen oder Kolonien moderner Art! Der Kanzler hätte von Afrika, Asien und Lateinamerika sprechen können ... aber auch von Europa und der ihm zugeordneten Funktion als «Brückenkopf» auf dem eurasischen Kontinent vor dem «Schwarzen Loch» – so sprach manch einer im Westen in den 1990er Jahren über Russland. Vom angelsächsischen Glauben an die eigene Son-

derstellung in der Welt. Von den «Five Eyes» und ihrem Anspruch, die ganze Welt unter Beobachtung stellen zu können.

Deutschland – immer noch nicht souverän, aber nicht mehr «Nie wieder Krieg»

Der deutsche Kanzler hätte auch darüber sprechen können, wie sein eigenes Land, Deutschland, bei dem Versuch gescheitert ist, ein wirklich souveränes Land mit einem selbstbestimmten Volk zu werden – obwohl dies 1990 offiziell verkündet worden war. Dass das wiedervereinigte Deutschland nach 1990 leider kaum zum Frieden in der Welt beigetragen hat, so wie es dessen Regierung und Parlament vertraglich zugesichert hatten. Sondern auf dem Balkan – und nicht nur dort – Macht- und Interessenspolitik betrieb und mitverantwortlich für die dortigen Kriege der neunziger Jahre war. Ja, dass sein Land Deutschland 1999 bei einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen ein anderes europäisches Land mitschuldig wurde – und mitverantwortlich war für Tod und Zerstörung dort. Und dass die Politiker seines Landes nach 1990 dieses «Nie wieder Krieg» vergessen lassen und statt dessen mit einer «Salamitaktik» Schritt für Schritt die deutsche Beteiligung an Kriegen «normalisieren» wollten.

Der deutsche Kanzler hätte sagen können, dass er all dies zutiefst bedauert, dass er sich schämt für diese Politik des Unrechts und der Gewalt, dass ihn tiefes Mitgefühl für die Opfer dieser Politik erfüllt.

Russland ernstnehmen

Und dass auch der deutsche Umgang mit Russland nach 1990 nicht fair und nicht offen war, dass Deutschland den vielen Kooperationsangeboten Russlands nicht ehrlich begegnet ist und dass Deutschland mit vielen falschen Schritten mitverantwortlich für die Tragödie ist, die sich nun schon seit vielen Jahren in der Ukraine abspielt. Dass er aber nun endlich ernstnehmen wolle, was ein russischer Präsident schon seit zwei Jahrzehnten immer wieder gesagt hat und nun wieder neu am 9. Mai 2022: «Vor allem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen die Vereinigten Staaten, von ihrer Aus-

nahmestellung zu sprechen, und demütigten damit nicht nur die Welt, sondern auch ihre Satelliten, die so tun müssen, als würden sie es nicht bemerken, und es mit Ehrerbietung schlucken. Aber wir sind ein anderes Land. Russland hat einen anderen Charakter. Wir werden niemals unsere Liebe zum Vaterland, unseren Glauben und unsere traditionellen Werte, unsere angestammten Bräuche und unseren Respekt vor allen Völkern und Kulturen aufgeben.»

Ja, der deutsche Kanzler hätte auch sagen können, dass man Russland nicht zum Sündenbock für die wirtschaftlichen Verwerfungen in Deutschland und vielen anderen Ländern der Welt, besonders für die sowieso schon armen Länder, machen dürfe. Dass es wieder einmal Profiteure des Krieges auf Kosten der Allgemeinheit gibt und dass es sich sehr lohnen würde, genauer auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte, auf die verheerenden Folgen der eigenen Sanktionspolitik, auf unsere Börsen und die grossen Vermögen in unseren Ländern zu schauen.

Schliesslich auch, dass er es nicht mehr ertrage, mit wieviel Respektlosigkeit Politiker und weitere «Eliten» seines Landes auf andere Länder und Regierungen herabschauen und wie man sich zum Richter über Gut und Böse aufschwingt, wo doch Deutschland allen Grund zur Selbstkritik habe und nun endlich die schwerwiegenden eigenen, hausgemachten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme angehen müsse.

Eine wirkliche «Zeitenwende»

Deshalb hätte der deutsche Kanzler sagen können, dass es nun allerhöchste Zeit ist, einen anderen, ganz anderen Weg einzuschlagen, eine wirkliche «Zeitenwende», die erkennt, dass eine Welt voller Feindbilder, ein Europa gegen Russland kein Ausblick sein kann, sondern nur selbstzerstörerisch für ganz Europa ... Und dass er deshalb den Kurs der deutschen Politik ändern, grundlegend ändern will. Und dass er auch in der EU, in ganz Europa und auch bei den Verbündeten in den USA dafür werben will. Dass er seinem Amtseid, seine «Kraft dem Wohle des deutschen Volkes [zu] widmen, seinen Nutzen [zu] mehren, Schaden von ihm [zu] wenden», nun vollumfänglich nachkommen will. Vor allem aber dem Gebot des Grundgesetzes, «dem Frieden der Welt zu dienen».

Aus tiefster Überzeugung und mit all seiner Kraft. Denn der jetzige Weg sei eine Sackgasse: für die Politik, für die Wirtschaft, für die Kultur ... für die grosse Mehrheit der Menschen. Und dass es sonst sehr wohl sein kann, dass die Menschheit nicht noch einmal das «Glück» hat ...

Das alles und noch viel mehr hätte der deutsche Kanzler am 19. Mai sagen können. Wir müssen damit leben, dass er es nicht getan hat ... es wäre ganz unwahrscheinlich gewesen und wird es sehr wahrscheinlich auch in naher Zukunft sein. Indes – auch das stärkt das Denken und das Gefühl: Alternativen zum Fallschirm zu denken. Was wäre, wenn ...

LESER  BRIEF

Meine Gedanken zu Krieg und Frieden

«Kann Europa ohne Russland existieren?»
Fortsetzung von Seite 3

Ein Abgrund des Nichtverstehens teilt Europa; ein grausamer Krieg zerreisst es; ein neuer *Eiserner Vorhang* legt sich über sein Gebiet; das Wettrüsten geht weiter, und, schlimmer noch als der schwindelerregende Zusammenbruch des wirtschaftlichen Austauschs, es gibt auch einen Abbruch des Austauschs von Ideen, etwas, das beide Seiten dieses Konflikts bedroht. *Johannes Paul II*, ein grosser Europäer, sagte einmal, unser Kontinent könne nur mittels seiner beiden Lungenflügel atmen. Dabei verdammen sich heute sein Osten und sein Westen dazu, nur mit einem zu atmen. Das ist ein schlechtes Omen für beide.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Wenn ich Berichte lese zum Thema Dreissigjähriger Krieg 1618/48 in Europa, frage ich mich nach dem Grund, der die Menschen dazu gebracht hat, einander totzuschlagen, zu berauben und sich gegenseitig die Häuser zu verbrennen. Ich habe verstanden, es seien unterschiedliche Gottesvorstellungen und der unterschiedliche Glaube über das Geschehen bei Messe und Abendmahl gewesen, welche die Menschen dazu gebracht hätten, einander zu bekriegen. Rückblickend ist das für mich unbegreiflich.

Die Geschichte zeigt, dass im Namen Gottes und seinen Wahrheiten Millionen Andersgläubiger und Ungläubiger umgebracht wurden. Dieser Glaube an die eigene Unfehlbarkeit hat sich nicht nur bei den Religiösen (Juden im *Alten Testament*, Christen, Muslimen usw.) fatal ausgewirkt, sondern auch bei den modernen Ideologien, bei Nazis und Kom-

munisten. Wenn ich an die Rolle des Militärs denke, kommt mir *Tolstoi* in den Sinn. Im Geschichtsbuch haben nicht die friedlichen Menschen den grössten Ruhm erhalten, sondern die erfolgreichsten Menschenschlächter wie *Alexander der Grosse*, *Karl der Grosse*, *Friedrich der Grosse*, *Katharina die Grosse* usw. *Napoleon Bonaparte* hat sein Grab im *Pantheon*.

Sind wir heutigen Menschen klüger geworden? Anstelle religiöser Wahrheiten vertreten wir moderne Grundsätze wie Freiheit und Demokratie. Wir Westler glauben an unsere westlichen Werte, die wir unbedingt verteidigen wollen. Diese Werte sind vergleichbar mit den religiösen Werten, die im 17. Jahrhundert zum Dreissigjährigen Krieg geführt haben. Wir stellen zwar nur rund ein Zehntel der Weltbevölkerung, sind aber überzeugt, die ganze Welt müsste unser Denken übernehmen. Wir tolerieren nicht, dass zum

Beispiel Russen und Chinesen nach eigenen Regeln leben wollen. Wieso müssen wir Westler uns auf der ganzen Welt einmischen, unser System mit Gewalt verbreiten? Wenn der Krieg in Gang kommt, verschliessen sich die Parteien nach allen Regeln der Kriegspropaganda den Argumenten und Ängsten der anderen Seite. Es hat sich schon oft bewährt, den Gegner zu dämonisieren, ihn zum Untermenschen zu machen, der keine Schandtata auslöst.

Wer weiter denkt, kommt zum Schluss: Wenn einmal genügend Waffen geliefert, genügend Schäden verursacht und genügend Tote zu beklagen sind, werden die Kriegsgegner zusammensitzen und einen neuen Anfang suchen. Sofern nicht ein Atomkrieg auch diese Hoffnung zerstört.

Hans Jordi, Braunau (TG)

Die Not der Syrer ist das Ergebnis falscher Politik

von Karin Leukefeld



ef. Die freie Journalistin Karin Leukefeld pendelt seit Beginn des Krieges 2011 zwischen Damaskus, Beirut und anderen Orten in der arabischen Welt und ihrem Wohnort Bonn. Sie hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, u.a.: «Syrien zwischen Schatten und Licht – Geschichte und Geschichten von 1916–2016. Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land» (2016, Rotpunkt Verlag Zürich); «Flächenbrand Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat» (2015, 3. überarbeitete Auflage 2017, PapyRossa Verlag Köln). In Kürze erscheint von ihr im selben Verlag «Im Auge des Orkans: Syrien, der Nahe Osten und die Entstehung einer neuen Weltordnung».

Wenn natürliche Ressourcen zur Waffe werden, wird das Leben eine humanitäre Krise. Und wenn dann die EU den Geber gibt, ist jede Hilfe mit Sicherheit mit einem Pferdefuss versehen. Das bestätigte sich auch bei den jüngsten Erklärungen zu Syrien wieder.

Zum diesjährigen Muttertag am 8. Mai veröffentlichte das UN-Hilfswerk für Kinder (Unicef) einen Appell, um auf die Lage der «Kinder in Syrien und in den Nachbarländern» aufmerksam zu machen. Dabei ging es nicht darum, die Mütter dieser Kinder ins Rampenlicht zu rücken, sondern darum, dass Unicef für die Versorgung dieser Kinder mehr Geld fordert.

Anlass und Adressat der Erklärung war die 6. Brüsseler Konferenz für die Unterstützung von Syrien und der Region, die am 9./10. Mai in Brüssel veranstaltet wurde. Unicef wies darauf hin, dass es bisher weniger als die Hälfte der für 2022 benötigten Gelder für die Kinder in Syrien und in den Nachbarländern erhalten habe.

«Millionen von Kindern» lebten in «Angst, Not und Ungewissheit in Syrien und in den Nachbarländern», hiess es in der Erklärung der Unicef-Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika, Adele Khodr. Allein in Syrien seien 6,5 Millionen Kinder auf Hilfe angewiesen. Weitere 5,8 Millionen Kinder «in den Nachbarländern Syriens, die durch politische Instabilität und Fragilität belastet» seien, bräuchten ebenfalls Hilfe, weil «deren Leben von Armut und Not geprägt» sei. Viele Familien hätten Mühe, die steigenden Preise für Grundversorgungsgüter und Lebensmittel zu bewältigen. «Damit kein syrisches Kind zurückbleibt», seien Investitionen zum Erhalt der Systeme von «Bildung, Wasser- und Sanitärversorgung, Gesundheit, Ernährung und Sozialschutz» erforderlich.

Auch das Welternährungsprogramm (WFP) wandte sich zwei Tage vor Beginn der EU-Syrien-Konferenz mit einem Appell an potentielle Geberländer und nannte den Krieg in der Ukraine einen «frischen Hammerschlag gegen die Fähigkeit Syriens, sich selbst zu ernähren». Der Preis für Nahrungsmittel sei innerhalb eines Monats um 24 Prozent gestiegen, die (finanziellen) Ressourcen des WFP stünden unter Druck, die Bedürfnisse der Bevölkerung seien grösser als das, was an Finanzierung vorhanden sei. Man habe die Essensrationen verkleinern müssen, eine Verkleinerung der Nahrungsmittelhilfe für den Nordwesten Syriens (Idlib) um 13 Prozent stehe bevor.

Ende 2021 hatten nach Angaben des WFP rund zwölf Millionen Menschen in Syrien – 55 Prozent der syrischen Vorkriegsgesellschaft – als arm gegolten und waren auf Lebensmittelhilfen angewiesen. Doch wie Unicef klagt auch das WFP über unzureichende Hilfsgelder, um seine Operationen in und um Syrien fortsetzen zu können. Bis Oktober 2022 verfügt die Organisation eigenen Angaben zufolge lediglich über 27 Prozent des Geldes, das sie für die Arbeit benötigt. Konkret fehlen demnach 595 Millionen

«Als der Krieg in Syrien 2011 begonnen hatte, war das Land schuldenfrei gewesen. Niemand hatte Hunger leiden müssen, das Tourismusgeschäft hatte geboomt. Die Beziehungen Syriens zu den Nachbarländern Irak, Jordanien, Libanon und Türkei waren von wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit geprägt gewesen, die allen genutzt hatte. Die Beziehungen zu europäischen Staaten waren von zahlreichen Abkommen und Austauschprogrammen geprägt gewesen.»

US-Dollar. Sollte es nicht mehr Geld geben, müsse man die Hilfsprogramme weiter reduzieren, warnte das WFP.

Wie Unicef und das WFP meldeten zu Beginn der Brüsseler Syrien-Konferenz zahlreiche private, kirchliche, staatliche und UN-Organisationen ihre Ansprüche an. Landes- und Projektberichte wurden auf den neuesten Stand gebracht, um deutlich zu machen, dass man aus dem Topf der EU und den Kassen der EU-Mitgliedsstaaten dringend Geld brauche, um die humanitäre Hilfe für die Syrer auf dem bisherigen Niveau fortsetzen zu können.

Alle beklagten, dass die Lage sich «infolge des Krieges in der Ukraine» verschlimmert habe. Die meisten betonten auch die Bedeutung ihrer Projekte im Nordwesten Syriens – gemeint ist Idlib – und dass die grenzüberschreitenden Hilfslieferungen aus der Türkei in dieses Gebiet erhalten bleiben müssten.

Am Dienstag – dem zweiten Tag der EU-Syrien-Konferenz – legten die teilnehmenden Staaten ihre Geldversprechungen auf den Tisch. Deutschland bot grosszügig die Zahlung von 1,05 Milliarden Euro an. Mit dem Geld solle über mehrere Jahre «die Lebensperspektiven der Menschen in Syrien und den vom Syrien-Krieg stark betroffenen Nachbarländern, die Millionen Geflüchtete aufgenommen haben, verbessert werden», hiess es aus Berlin. 623 Millionen Euro der Summe werden aus dem Etat des Ministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) aufgebracht. Die «ohnehin grosse Not» der Syrer werde «weiter verschärft durch die steigenden Weizenpreise infolge des Krieges in der Kornkammer Ukraine», teilte die zuständige Ministerin Svenja Schulze mit.

Josep Borrell, EU-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, versprach fast 1,6 Milliarden Euro aus dem EU-Topf für das Jahr 2022. Zum Vergleich: Für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine – dieser Konflikt dauert aktuell acht Wochen – stellte die EU-Kommission für Mitgliedsstaaten der EU nach eigenen Angaben 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

EU: Syrer nicht im Stich lassen

Der EU-Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič hatte im Vorfeld der Brüsseler Konferenz erklärt, die EU werde das syrische Volk «nicht im Stich lassen». Vor allen Dingen aber müsse «der ungehinderte Zugang aller Bedürftigen zu humanitärer Hilfe rechtzeitig ermöglicht werden», fügte er hinzu.

Tatsächlich meinte der EU-Kommissar nicht «ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe», die ungehindert von allen Seiten, also auch aus Syrien kommen sollte. Er sprach vielmehr über ungehinderte «grenzüberschreitende Hilfslieferungen», die aus der Türkei ausschliesslich nach Idlib gebracht werden, wo sie Inlandsvertriebenen helfen sollen. Idlib wird, wie bereits beschrieben, von al-Kaida-nahen Dschihadisten kontrolliert. Von Idlib gelangt die Hilfe dann – ungehindert – weiter in die von der Türkei unterstützten, von Dschihadisten kontrollierten Gebiete im Nordosten von Aleppo.

De facto werden diese Hilfslieferungen von einer «Erlösungsregierung» in Idlib kontrolliert, die der al-Kaida-nahen Organisation Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) untersteht. Hilfslieferungen, die gemäss der UN-Sicherheitsratsresolution 2585 von Syrien auch frontlinienüberschreitend – also aus Syrien – nach Idlib und in den Nordosten von Aleppo gebracht werden sollen, werden von der EU und den USA trotz der UN-Sicherheitsratsresolution nicht unterstützt.

Der EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung Oliver Várhelyi machte «die russische Aggression gegen die Ukraine» für die

Verschärfung der humanitären Krise in Syrien und in der Region verantwortlich. Die EU-Kommission habe schnell 225 Millionen Euro für ihre Initiative für eine Nahrungsmittel- und Resilienzfazilität zur Verfügung gestellt und einen «Wirtschafts- und Investmentplan» ausgearbeitet, um «langfristig die sozioökonomische Erholung und Stabilisierung der Region» zu unterstützen. Der Begriff «Resilienzfazilität» bedeutet «finanzielle Möglichkeit, sich widrigen Bedingungen anzupassen».

Die EU will nach eigenen Angaben «alle Instrumente aktivieren», um das syrische Volk dabei zu unterstützen, letztendlich eine «politische Verhandlungslösung zu erreichen und die Bedingungen für eine bessere Zukunft für alle Syrer herzustellen», hiess es in einer Erklärung zur 6. EU-Geberkonferenz.

Die Frage ist allerdings, warum bereits eine sechste Geberkonferenz der EU stattfinden muss, wenn die EU doch so guten Willens ist, alles zu tun, um den Syrern zu helfen. Seit 2011 pumpten EU und Mitgliedsstaaten 27,4 Milliarden Euro in die humanitäre Hilfe für Syrien und die Region. Warum werden die Lebensbedingungen in der Region dennoch immer schlechter?

Die Not in Syrien ist das Ergebnis falscher Politik

Westlichen und europäischen Regierungen und Denkfabriken gilt Syrien als «gescheitert Staat». Die Folgen von Krieg und Zerstörung und einer Massenflucht sind eine schwere Hypothek für das Land. Doch Syrien wird auch daran gehindert, das Land aus eigenen Kräften wiederaufzubauen.

Eine wichtige Voraussetzung wäre der Rückzug ausländischer Truppen und Kampfverbände aus den ressourcenreichen Gebieten des Landes. Syrien müsste seine Grenzen in Abstimmung mit den Nachbarländern souverän kontrollieren. Die einseitig von EU und USA verhängten Wirtschaftssanktionen, die auch die Nachbarländer und nicht-syrische Unternehmen treffen, müssten aufgehoben werden. Syrer, die das wünschen, sollten bei ihrer Rückkehr in die Heimat von der Uno unterstützt werden.

Die EU und auch die USA verweigern das und verlängern damit absichtlich die humanitäre Krise in Syrien ebenso wie Not und Perspektivlosigkeit von Flüchtlingen in den Nachbarländern. Die Krisensituation wird aufrechterhalten, um die Regierung in Damaskus und deren Verbündete Russland und den Iran unter Druck zu setzen.

Wenn natürliche Ressourcen zur Waffe werden, wird das Leben eine humanitäre Krise

Als der Krieg in Syrien 2011 begonnen hatte, war das Land schuldenfrei gewesen. Niemand hatte Hunger leiden müssen, das Tourismusgeschäft hatte geboomt. Die Beziehungen Syriens zu den Nachbarländern Irak, Jordanien, Libanon und Türkei waren von wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit geprägt gewesen, die allen genutzt hatte. Die Beziehungen zu europäischen Staaten waren von zahlreichen Abkommen und Austauschprogrammen geprägt gewesen.

Seit Beginn des Krieges verschlechtert sich die Lage kontinuierlich. Die Folgen des Krieges und die feindliche Isolationspolitik von EU und USA tragen zur Erosion der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der syrischen Gesellschaft bei. Zeichen dafür ist das Verschwinden einer stabilisierenden Mittelschicht. Schwarzmarkthandel und Korruption nehmen zu.

Ein wichtiger Grund für die schwierige Lage des Landes ist, dass Syrien der Zugang zu seinen natürlichen Ressourcen verweigert

wird. Es fehlt Wasser, das sowohl von der Türkei – am Oberlauf des Euphrat – als auch von Israel – auf den besetzten und annektierten syrischen Golanhöhen – kontrolliert wird. Es fehlt an Strom, um Pumpen anzutreiben, die aus den unterirdischen Wasserspeichern und Brunnen Wasser ans Tageslicht befördern, um Felder, Obst- und Olivenhaine zu bewässern. Strom ist knapp geworden in Syrien, weil bewaffnete Gruppen die Infrastruktur für die Stromversorgung des Landes gezielt zerstörten. Knapp ist der Strom auch deswegen, weil Syrien nicht mehr über seine Öl- und Gasressourcen im Nordosten des Landes verfügt, der von US-Truppen und lokalen Akteuren kontrolliert wird. Syrien kann auch nicht mehr über die Baumwolle im Euphrat-Tal, den Weizen in Hasaka oder über die Olivenbäume in Afrin verfügen. Die wichtigen Ressourcen des Landes werden von Gegnern der Regierung besetzt gehalten und kontrolliert, das schadet allen Syrern. In den Reden auf der 6. EU-Syrien-Konferenz kommt das nicht vor.

Kritik aus Moskau

Die Russische Föderation – die erstmals nicht nach Brüssel eingeladen worden war – kritisierte die Konferenz als wertlos, wenn weder die syrische noch die russische Regierung eingeladen würden, daran teilzunehmen. Man sehe keine wirklichen Anstrengungen, um die dringenden humanitären Probleme Syriens zu lösen, hiess es in Moskau. Humanitäre Hilfe erfolge nach international anerkannten festgelegten Prinzipien und dürfe nicht politisiert werden.

Die Brüsseler Konferenzen dagegen «versinken immer tiefer in der rücksichtslosen Politisierung humanitärer Fragen», hiess es in der Erklärung des russischen Ausussenministeriums. Der Westen tue sein Bestes, syrische Flüchtlinge an der Rückkehr in ihre Heimat zu hindern. Die schwierige Situation, in der sich die (regionalen) Aufnahmelande befänden, bliebe von der EU unbeachtet. Washington und Brüssel erstickten das syrische Volk mit illegalen einseitigen Sanktionen, zitierte die syrische Tageszeitung «Al Watan» die Stellungnahme aus Moskau. Die USA hielten syrisches Territorium in der Region Dschasira (Nordostsyrien) und in At Tanf besetzt und plünderten die nationalen Ressourcen Syriens. US-Amerikaner und Europäer behinderten die Umsetzung von Projekten für eine erste Phase des Wiederaufbaus in Syrien, wie sie die UN-Sicherheitsratsresolution 2885 vorsehe. Statt dessen würden politische Vorbedingungen formuliert, darunter der Mechanismus der grenzüberschreitenden Hilfslieferungen (aus der Türkei), der die Souveränität und territoriale Integrität Syriens verletze.

Drei Neins gegen Syrien

Borrell bestätigte in einem Interview mit der auch auf Englisch erscheinenden saudi-arabischen Tageszeitung «Asharq Al-Awsat», die EU werde ihre drei «roten Linien» gegen Syrien nicht verändern. Man werde nichts zum Wiederaufbau des Landes beitragen, man werde die Sanktionen nicht aufheben und keine diplomatischen Beziehungen mit Damaskus aufnehmen, «solange keine nachhaltige politische Veränderung geschieht, die der UN-Sicherheitsratsresolution 2254» entspreche. Borrell bestätigte, dass Russland nicht zu der EU-Geberkonferenz eingeladen worden sei. Die EU lade nur «Partner ein, die auf richtig daran interessiert sind, zum Frieden in der Welt beizutragen und Opfern des Konflikts zu helfen», sagte der EU-Aussenbeauftragte. «Mit seiner Aggression gegen die Ukraine hat Russland bewiesen, dass es dieses Interesse nicht teilt.»

Der Sprecher des UN-Büros für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) Jens Lærke teilte derweil mit, die Uno werde beim «wichtigen jährlichen Ereignis» in Brüssel kein Mitveranstalter sein. Die EU habe die Entscheidung getroffen, die Russische Föderation nicht einzuladen, so Lærke, der die EU-Entscheidung nicht kommentieren wollte, auf Anfragen von Journalisten. Allerdings sei die Russische Föderation als «UN-Mitglied und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates [...] ein wichtiger Gesprächspartner».

Der Platz der Schweiz in Europa

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die Schweiz liegt inmitten Europas. Sie ist mit ihren Nachbarstaaten, den übrigen europäischen Staaten und den europäischen Organisationen eng verbunden – seit jeher und aus eigenem Antrieb, nicht weil ein Büro in Brüssel es einfordert.

Das zeigen die Programme des National- und des Ständerates für die kommende Sommersession. Im Ständerat sind am 1. Juni, im Nationalrat am 7. Juni eine eindruckliche Reihe von Berichten traktandiert, nämlich die Berichte der «Delegationen für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten»; der «Delegation EFTA/Europäisches Parlament»; der «Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE»; der «Parlamentarierdelegation beim Europarat»; der «Delegation bei der Interparlamentarischen Union»; der «Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Frankophonie»; der «Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato». Überall sind wir dabei, ob als Mitglied oder als Beobachterdelegation, und das ist auch gut so.

Zu empfehlen wäre den Parlamentsmitgliedern, dass sie die Treffen mit EU- und Nato-Abgeordneten nutzen, um diesen das Schweizer Modell näherzubringen. Denn es fällt auf, wie wenig manche Entscheidungsträger der westlichen Staaten – sogar einzelne Botschafter in Bern! – die Schweiz kennen und ihren Standpunkt verstehen. Es ist an unseren Parlamentariern und Diplomaten, den notwendigen Boden zu legen.

Es folgen ein kurzer kritischer Überblick zu einigen der Berichte und die Würdigung des Berichts über die Beziehungen zu den Nachbarländern, deren Pflege für jedes Land besonders wichtig ist.

Schweizer Delegation bei der EFTA und beim Europäischen Parlament (Bericht 22.010 vom 31. Dezember 2021)

In bezug auf die EFTA befassten sich die Delegierten vor allem mit neuen und geplanten Freihandelsabkommen und überprüften die Einhaltung von Arbeits- und Umweltbestimmungen durch die Vertragsstaaten. Die Beziehungen zur EU sind bekannt: Brüssel beharrt auf der « Klärung der institutionellen Fragen » als Bedingung für die Aktualisierung der bestehenden und den Abschluss neuer « Markt-zugangsabkommen ». (Klammerbemerkung: Einige davon öffnen zwar eher der EU den Marktzugang zur Schweiz als umgekehrt, zum Beispiel das Landverkehrsabkommen, denn der Nord-Süd-Lastwagen-Transit nützt fast ausschliesslich den EU-Staaten.)

Den Hinauswurf aus den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU wegen der fehlenden Bereitschaft der Schweiz, ein von Brüssel diktiertes Rahmenabkommen zu unterzeichnen, weist die Schweizer Delegation richtiger-

weise zurück: « Diese politische Verknüpfung zwischen Marktzugangs- und Kooperationsabkommen bleibt aus Sicht der Delegation sachfremd und unverständlich. » (4 Schlussfolgerungen, Bericht, S.10) Deshalb bestand offenbar die Haupttätigkeit der Delegierten 2021 darin – und wird auch 2022 darin bestehen –, von einem EU-Gremium zum nächsten und von einem Mitgliedsstaat zum anderen zu weibeln, um den Zugang zu *Horizon Europe*, *Erasmus+* und wie sie alle heissen, zu erbitten. Es gäbe in den gegenseitigen Beziehungen der europäischen Völker wahrhaftig Sinnvolleres zu tun! Zumal die Schweiz bekanntlich den Schikanen aus Brüssel mit kreativen und kostengünstigen Lösungen zu begegnen weiss.

Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der OSZE (Bericht 22.011 vom 31. Dezember 2021)

Der Tätigkeitsbereich der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) und die Bedeutung, die sie auch heute für Recht und Frieden haben könnte, wurden in *Zeit-Fragen* schon mehrmals dargelegt. Die Schweiz hat in der OSZE seit jeher eine aktive Rolle eingenommen. In der Einleitung zum ausführlichen Bericht wird das Engagement der Schweizer Diplomatie seit 2014 im Bemühen um eine Lösung der Ukraine-Krise genannt, mit besonderer Erwähnung des Mandats von Botschafterin Heidi Grau als OSZE-Sondergesandte für die Ukraine 2019, 2020 und 2021.

Wie viel die Schweizer Diplomaten auf dem Boden der Unparteilichkeit in diesem unglücklichen Land bewirken könnten, dessen Bevölkerung und deren Hab und Gut dem Machtwahn der einstmaligen einzigen Supermacht geopfert werden, wissen wir nicht. Was wir wissen: Ohne strikte Einhaltung der Neutralität gegenüber beiden Kriegsparteien wird die Schweiz weder in der Ukraine noch anderswo als vertrauenswürdiger Gesprächspartner wahrgenommen. Aber noch ist nicht aller Tage Abend – man soll nie die Hoffnung auf das Durchdringen der menschlichen Vernunft aufgeben. Mit dem Angebot Guter Dienste könnte die Schweiz in der heutigen wie in jeder Kriegssituation weit mehr beitragen als mit der Jagd nach russischen Vermögen (ohne irgendeinen Beweis für deren unrechtmässigen Erwerb!).

Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato¹

Was haben die Schweizer Parlamentarier bei der Nato zu suchen? Nun, sie nehmen an den Tagungen der parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato-PV)² sowie an deren Seminaren und Arbeitstreffen teil und werden dort über die Sichtweise und die Ziele der Nato « informiert ». Präsident der Nato-PV ist – wie nicht anders zu erwarten – ein

US-Amerikaner, *Gerald E. Connolly*, und der gab an der Frühjahrssession 2021 (also ein Jahr vor der russischen Militäroperation in der Ukraine) den Tarif durch. Da war zum Beispiel die Rede von der « Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen durch ein erneuertes Engagement der USA » oder von der anstehenden « Überarbeitung des [veralteten] strategischen Konzepts » der Nato, denn darin sei « noch von Russland als Partner die Rede, und China werde nicht und der Klimawandel kaum erwähnt » (Bericht, S. 3). Auf insgesamt 14 Seiten ist das gesamte Programm der Kriegsmacht USA/Nato zu lesen, das den Schweizer Delegierten bei verschiedensten Anlässen kundgetan wurde.

Schlussfolgerungen der Schweizer Delegation: « Viele der von der Nato-PV behandelten Themen sind auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung », so zum Beispiel das neue Strategische Konzept der Nato, die Spannungen zwischen der Nato und Russland, der Aufstieg Chinas oder die Bekämpfung des Terrorismus und von Cyber-Bedrohungen (Bericht, S.14).

Was den National- und Ständeräten der neutralen Schweiz dringend zu empfehlen ist: sich auch sicherheits- und geopolitische Informationen von Staaten und Staatenbündnissen ausserhalb der Nato sowie von unabhängigen Fachleuten zu verschaffen. Nötig wäre es! (Siehe Kasten « Wer drängt die Schweiz in die Nato »?)

Delegationen für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten: eine gefreute Sache

Seit 2003 pflegen Schweizer Parlamentarier-Delegationen regelmässige Beziehungen zu den Parlamenten der fünf Nachbarstaaten (Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag (Del-D), zum österreichischen Parlament (Del-A), zum französischen Parlament (Del-F), zum italienischen Parlament (Del-I) und zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein (Del-FL)).³ Die Aktivitäten der einzelnen Delegationen variieren je nach der aktuellen Situation, im Berichtsjahr 2021 mussten sie nach der Pause infolge der Covid-19-Pandemie wieder neu aufgenommen werden.

Als Beispiel wird hier die Del-A herausgegriffen, sie besteht aus sechs Mitgliedern des Nationalrates und vier Mitgliedern des Ständerates, ihr Pendant umfasst zwölf Mitglieder des österreichischen Nationalrates und ein Mitglied des Bundesrates. Ihr letztjähriges Treffen fand am 1./2. Juli in Brunnen am Vierwaldstättersee statt. Es diente der Beziehungspflege und gab den Besuchern einen Einblick in den wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrund der Region. Auf dem Programm standen ein Besuch bei der Produktionsstätte der weltberühmten Schweizer Taschenmesser, der Firma *Victorinox*, sowie im Bundesbriefmuseum und der Ge-

Zur Schweizer Neutralität im Ukraine-Krieg

Aus dem Pflichtenheft des Schweizer Bundesrates

« Das Schweizer Engagement im Rahmen der OSZE basiert auf den Grundsätzen der *Aussenpolitischen Strategie 2020–2023*: Die Schweiz setzt sich angesichts des volatilen internationalen Umfelds als Brückenbauerin für eine friedliche und sichere Welt ein. »

Quelle: Botschafterin Heidi Grau als Sondergesandte des OSZE-Vorsitzenden in der Ukraine und der Trilateralen Kontaktgruppe. Medienmitteilung des Bundesrates vom 15.1.2021

Bundesrat Ueli Maurer redet Klartext

Tages-Anzeiger: Hat sich die Schweiz in diesem Krieg richtig positioniert?

Bundesrat Maurer: Wir setzen das um, was der Bundesrat in seiner unendlichen Weisheit beschlossen hat.

Wie beurteilen Sie diese « unendlich weisen » Beschlüsse im Hinblick auf die Neutralitätsfrage?

Wenn man sich hier am WEF umhört, muss man sagen: Wir haben einen Flurschaden angerichtet. Es wird vielerorts die Vertrauensfrage gestellt zur Handhabung der Neutralität.

Quelle: Rutishauser, Arthur; Walser, Charlotte. « Der Benzinpreis ist in der reichen Schweiz bezahlbar ». Interview mit Bundesrat Ueli Maurer. In: *Tages-Anzeiger* vom 25.5.2022

denkstätte am Morgarten. (Bericht der Del-A vom 19.7.2021).

Ein zentrales Diskussionsthema war 2021 verständlicherweise die Beendigung der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Der Austausch mit den österreichischen Parlamentariern verlief erfreulich und zukunftsgerichtet. Die Schweizer Teilnehmer erläuterten die Gründe, die aus ihrer Sicht zum Verhandlungsabbruch geführt haben. « Sie betonten, dass die Schweiz auch nach diesem Entscheid eine enge und verlässliche Partnerin der EU bleibt und es im Interesse aller Beteiligten ist, die bewährte Zusammenarbeit in vielen Bereichen fortzuführen. » Österreicher und Schweizer waren sich einig, dass die Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen, insbesondere am Forschungsprogramm *Horizon*, losgelöst von der Frage eines institutionellen Abkommens betrachtet werden sollte und [...] dem Interesse der gesamten europäischen Forschungslandschaft entspricht. » Die Österreicher zeigten Verständnis für die Situation der Schweiz und versicherten, dass sich Österreich « auf EU-Ebene für ein möglichst enges Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU einsetzen » werde (Jahresbericht 22.017, S. 6).

Der Gegenbesuch der Schweizer in Wien hat nun am 4./5. April 2022 stattgefunden. Hier stand die Umsetzung der strategischen Partnerschaft im Zentrum, welche die beiden Aussenminister im Sommer 2021 beschlossen hatten.⁴ Die beiden Parlamente sehen sich dabei als « Impulsgeber für konkrete Projekte, beispielsweise für einen grenzüberschreitenden Austausch im Bereich der Lehrlingsbildung ». Eine gefreute Sache. •

Wer drängt die Schweiz in die Nato?

mw. Im Gleichklang mit einigen Parlamentariern und Journalisten demonstrierte VBS-Chefin *Viola Amherd* am WEF in Davos, dass sie für die Schweiz mehr Nähe zur Nato anstrebt. Nach ihrem Treffen mit Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* kamen beide in der *SRF-Tagesschau* zu Wort.

Bundesrätin *Viola Amherd*, Chefin des *Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport* (VBS): « Herr Generalsekretär *Stoltenberg* hat mir klar mitgeteilt, (dass) wenn die Schweiz eine engere Zusammenarbeit mit der Nato will, in welchem Grad auch immer, dass die Nato offen ist und dass die Beiträge der Schweiz heute schon geschätzt sind. » Wie die « engere Zusammenarbeit » aussehen soll, darauf ging *Viola Amherd* nicht ein. Dafür bediente sie fragwürdige Klischees: « Für mich ist klar, wir wollen keine Trittbrettfahrer sein. » SRF: « Schweden und Finnland wollten auch zuerst mehr Zusammenarbeit, und jetzt wollen sie in die Nato. Führen Sie uns auch in die Nato, Frau Bundesrätin? » *Viola Amherd*: « Das ist im Moment kein Thema. » (Hervorhebung mw). Ob diese Töne wohl das Resultat von VBS-Chefin

Amherds kürzlichem Besuch in den USA sind? Laut der « Neuen Zürcher Zeitung » vom 14. Mai 2022 diskutierte sie dort allfällige « Möglichkeiten einer noch engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit » (Weisflog, Christian. « Die Schweiz gewinnt die USA für viele Jahre als zuverlässige Partnerin »).

Im anschliessenden Interview mit *Jens Stoltenberg* erhielt der Zuhörer nicht den Eindruck, dass die Nato die Schweiz zum verstärkten Anschluss an das Kriegsbündnis drängt, obwohl SRF-Interviewer *Sebastian Ramspeck* sich alle Mühe gab, die neutrale Schweiz in ein schiefes Licht zu rücken: « Manche sagen, die Schweiz sei eine Trittbrettfahrerin der Nato. Ist die Schweiz eine Trittbrettfahrerin? » *Jens Stoltenberg*: « Die Schweiz ist eine sehr geschätzte Partnerin. Wir respektieren ihre Neutralität. Es ist an der Schweiz zu entscheiden, ob sie weiter ein neutraler Staat sein will oder ob sie zur Nato kommen will. » SRF: « Der deutsche Vizekanzler *Robert Habeck* sagt, er würde sich wünschen, dass auch die Schweiz Militärgüter an die Ukraine liefert. Sehen Sie das auch so? » *Stoltenberg* liess sich jedoch nicht zu Kritik an

der Schweiz bewegen, sondern lobte den Schweizer *Kfor*-Einsatz im Kosovo, zählte einige bekannte Beispiele einer engeren Zusammenarbeit auf (technologischer Zusammenarbeit, Cyber-Sicherheit) und fügte hinzu: « Immer mit Respekt für die Neutralität und für die Entscheide der Schweiz ». Dies hielt den Interviewer nicht von der provokativen Frage ab: « Hätten Sie die Schweiz gerne in der Nato? » *Stoltenberg* (energisch): « Nein! Ich habe dazu keine Meinung. Es ist mir extrem wichtig, mich nicht in innenpolitische Debatten einzumischen. »

Es sei dahingestellt, ob der US-Nato-Block tatsächlich zufrieden ist mit der bereits seit langem sehr engen (neutralitätswidrigen!) Kooperation oder ob er die Schweiz lieber ganz vereinnahmen würde. Aber wie die durch ihren USA-Besuch auf Kurs gebrachte Bundesrätin *Viola Amherd* und das Schweizer Fernsehen SRF die bereits angeschlagene Schweizer Neutralität noch ganz zu bodigen versuchen, ist « gschämig ».

Quelle: *Ramspeck, Sebastian und Kohli, Andreas*. « WEF 2022: Amherd und Stoltenberg wollen enger zusammenarbeiten ». Interview in: *SRF-News* vom 24.5.2022

¹ Bericht 22.015 der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato vom 31.12.2021 https://www.parlament.ch/centers/kb/Documents/2022/Kommissionsbericht_NATO-V_22.015_2021-12-31.pdf

² Die Nato-PV ist ein Diskussionsforum, in dem insgesamt 269 Parlamentarier aus den 30 Nato-Mitgliedsländern über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen beraten. Ausserdem können Delegierte aus elf assoziierten Staaten (Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Finnland, Georgien, Österreich, Republik Moldau, Schweden, Schweiz, Serbien, Ukraine) an den Beratungen teilnehmen. Russlands Teilnahme ist seit 2014 suspendiert. (Quelle: Deutscher Bundestag, Parlamentarische Versammlung der Nato)

³ *Jahresbericht 22.017* Bericht der Delegationen zur Pflege der Beziehungen mit Parlamenten anderer Staaten vom 31.12.2021

⁴ « Bundesrat Cassis zu Besuch in Wien: Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur neuen strategischen Partnerschaft Schweiz-Österreich ». Medienmitteilung des Bundesrates vom 10.6.2021

«Goldene Hände» – und was es dazu braucht

Warum die Berufslehre richtig bewertet werden muss

von Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin

«Noah, 3520 g schwer und 49 cm lang», so kündigte uns vor einigen Monaten ein befreundetes junges Ehepaar die Geburt ihres Sohnes an, auf den sie sehnsüchtig gewartet hatten. Wir freuten uns mit ihnen. Natürlich ging mir auch durch den Kopf – das lässt sich bei meinem Beruf kaum vermeiden –, dass vor den beiden nun die Aufgabe steht, ihren Sohn in die Welt einzuführen. Doch in welche Welt? Das beschäftigt im Moment nicht nur mich, sondern viele wache Zeitgenossen!

Eine Schule – nicht so, wie wir sie hatten

Mittlerweile sind einige Monate vergangen. Kürzlich erzählten uns die jungen Eltern, dass ihre Gedanken immer wieder um die Zukunft ihres Sohnes kreisten. Wie wird es ihm wohl in der Schule gehen? Welchen Beruf wird er ergreifen wollen? Und vieles mehr. Weit voraus gedacht, aber von Verantwortungsgefühl zeugend.

Die Mutter befürchtet vor allem, dass ihr Kind in der Schule keinen angeleiteten Unterricht mehr haben würde. Das war schon bei ihr so gewesen. Sie hatte sich mit einem Wochenplan herumgeschlagen und sich im Werkstattunterricht das Lernen selbst organisieren müssen. SOL¹ hätten sie jeweils gesagt – Schule ohne Lehrer. «Nicht einmal die Aufgaben haben die Lehrer korrigiert», ist die junge Mutter noch heute empört und enttäuscht zugleich. Dem Vater war es ähnlich gegangen. Er hatte erst spät mit weniger Fehlern schreiben gelernt, weil er mit einem damals sehr verbreiteten Erstleselehrgang unterrichtet worden war, bei dem man selbstständig mit Hilfe von Anlautbildchen Lesen durch Schreiben lernen sollte. «Ja, ich habe selbstständig gelernt, wie man ganz viele Fehler macht beim Schreiben», meint er lakonisch. Das habe ihn während seiner späteren Schullaufbahn und bis heute beeinträchtigt.

Nun überlegen die beiden, ob sie nicht Geld sparen sollten, um die Schule ihres Kindes nach ihren eigenen Qualitätsansprüchen auswählen zu können. «Wir möchten eine richtige Schule, in der man die Kinder anleitet, der Lernstoff logisch aufgebaut ist, die Kinder miteinander den Lernstoff erarbeiten können und eine Klassengemeinschaft bilden. Das ist doch wichtig für die Teamarbeit, die heute ständig verlangt wird», meinte der Vater nachdenklich.

Porsche und Blumen

Die beiden hatten trotz ihrer problematischen Schullaufbahnen erfolgreich eine Berufslehre gemacht und mit sehr guten Noten abgeschlossen. Der Vater hatte sogar eine Klasse wiederholt. Trotzdem hat er eine Lehre als



(Bild Caro)

Automobilfachmann machen können, und heute ist er Werkstattchef in einer Garage. «Porsche», schmunzelt er und meint, «die Lehre war für mich eine zweite Chance.» Auch die Mutter von Noah schwärmt von ihrer Lehre als Floristin. Das habe ihr viel Freude gemacht, und auch die vielen Pflanzen- und Blumenamen habe sie problemlos lernen können. Mittlerweile verfüge sie über ein breites Fachwissen in Botanik, Floristik und Gestaltung.

Die Intelligenz ist es nicht – «Talentpool» unter der Lupe

Die beiden bestätigen, was die Schweizer Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm² durch ihre Forschungsarbeiten belegt. Sie hatte in den Jahren 2005 bis 2009 eine repräsentative Längsschnittstudie erstellt³, in der sie zu Beginn mit 2706 Auszubildenden des ersten Lehrjahrs an 21 Deutschschweizer Berufsschulen zwei kognitive Leistungstests machte. 196 der Probanden erzielten überdurchschnittliche Werte und wurden in der Folge dem «Talentpool» zugeteilt. Sie stammten aus allen Berufsfeldern. Nun wurden sie mit einer etwa gleich grossen Gruppe von Auszubildenden verglichen, die mit durchschnittlichen Resultaten abgeschnitten hatten, und zu einer Stichprobe zusammengefügt. Das ergab eine Stichprobe mit zwei Gruppen, die sich in den Tests lediglich durch überdurchschnittlich gutes Abschneiden in den Intelligenztests unterschieden hatten. Die Probanden wurden nun während ihrer ganzen Ausbildungszeit untersucht. Interessanterweise schwangen die «Talentierten» mit den hohen IQ-Werten nur zu Beginn der Lehre oben aus. Gegen Ende wurden sie von der Vergleichsgruppe überholt. Daraus konnte der Schluss gezogen werden, dass kluge Köpfe allein noch keine Könnerschaft in Form «goldener Hände» garantieren, wie Stamm festhält. Was war es dann?

Trotz problembeladener Schullaufbahn ...

Dieses Geheimnis zu lüften war die nächste Aufgabe, denn im vordersten Drittel der neu erstellten Rangliste waren 58 Personen aus dem «Talentpool» und 61 aus der Vergleichsgruppe. Es zeigte sich, dass 30% von ihnen

lediglich einen Realschulabschluss, 45% einen Sekundar- und 25% einen progymnasialen Abschluss hatten. 23% hatten einmal, 10% sogar zweimal eine Klasse wiederholt, und 30% hatten in der Schule als faul gegolten. Hervorragend waren bei ihnen jedoch Merkmale wie Arbeitsmotivation und -identifikation, Stressresistenz, Fleiss und Beharrlichkeit, die deutlich ausgeprägter waren als bei den übrigen Probanden. Zudem zeichnete sich das Betriebsklima der jeweiligen Ausbildungsfirma durch Leistungsanerkennung, Unterstützung, Herausforderung, Anregung und Training aus und spielte für die Leistung der Auszubildenden ebenfalls eine herausragende Rolle.

... Stärken, unentdeckte Ressourcen und falsche Zuschreibungen

Mit anderen Worten: Die Studie von Margrit Stamm zeigte, dass der Blick bei der Auswahl von Auszubildenden sich weniger auf die Negativmerkmale der Jugendlichen, sondern auf deren Stärken und unentdeckte Ressourcen richten sollte. Denn sonst versperrt ein Tunnelblick die Sicht auf für eine Ausbildung geeignete Jugendliche und diskriminiert sie möglicherweise durch Vorurteile.

In unserer Gesellschaft werden akademische Ausbildungen oft höher gewertet und mit höherer Intelligenz verbunden als Berufslehren. Im Zusammenhang mit einer handwerklichen Tätigkeit und mit guten Berufsfachleuten wird (eher abwertend) der Begriff «praktisch intelligent» verwendet. Das ist jedoch falsch, denn «goldene Hände» können durchaus mit einem klugen Kopf einhergehen, so wie Akademiker nicht immer überdurchschnittlich intelligent sind, im Elfenbeinturm der Wissenschaften verharren und über zwei linke Hände verfügen müssen. Solche Zuschreibungen sind deshalb wenig hilfreich. Aber was macht es nun aus, dass junge Menschen letztlich zu Experten ihres Berufes werden, die mit «goldenen Händen» ihre Tätigkeit ausüben?

Wer ist denn intelligent?

Heute nimmt ein grosser Teil der Forschung an, dass Intelligenz keine unveränderliche, angeborene Grösse ist, sondern sich während der Lebensspanne positiv verändern

kann (was wiederum in einem förderlichen Umfeld besser gelingt). Weitgehend unberücksichtigt bleibt jedoch meist, dass in unterschiedlichen Kulturen auch unterschiedliche Fähigkeiten als intelligent gelten. So wird in anderen Kulturen die Fähigkeit, gut zuhören zu können, über eine ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit zu verfügen, Erwachsene um Rat zu fragen oder sich für gemeinschaftliches Zusammenleben zu engagieren, als Zeichen hoher Intelligenz beurteilt. An den in unseren Breitengraden verwendeten Intelligenztests wird deshalb oft kritisiert, dass sie solche Kompetenzen kaum einbeziehen und ausschliesslich auf der Basis unseres abendländischen Kulturkreises entwickelt wurden. Auch die sogenannte kulturfairen Tests werden als nicht zufriedenstellend kritisiert, weil sie nach wie vor Ergebnisse verfälschen und Minderheitsgruppen benachteiligen würden.

Kein Tunnelblick bei der Berufswahl

Nach wie vor ist heute die Meinung sehr verbreitet, dass akademische Intelligenz das Tor zu Berufs- und Lebenserfolg ist. Eine Berufslehre wird von vielen Eltern und manchmal sogar von Lehrpersonen fälschlicherweise als Weg zweiter Klasse angesehen für schulisch weniger erfolgreiche Jugendliche, die es nicht ins Gymnasium schaffen. Deshalb gilt es auch die Eltern ins Boot zu holen, denn sie sind nach wie vor die wichtigsten Meinungsmacher, wenn es um die Berufswahl geht.

Es soll hier nicht der akademische Bildungsweg gegen die Berufsbildung ausgespielt werden, sondern es geht um eine Stellungnahme gegen den Tunnelblick gegenüber der Berufslehre (die sonst Gefahr läuft, als Durchgangsstadium auf dem Weg zur Fachhochschule eingestuft zu werden). Es gibt heute ein breites Spektrum an Berufsausbildungen, die anspruchsvoll und auch für schulleistungsstarke Jugendliche attraktiv sind. Und da ist die oft unterschätzte praktische Intelligenz gefragt.

Praktische Intelligenz – was ist das?

Ist man unzufrieden mit der Leistung eines Handwerkers, so wird landläufig oft davon ausgegangen, dass er sich in der Ausbildung das nötige Wissen nicht angeeignet hat. Dahinter steckt die Annahme, dass Wissen die einzige und unabdingbare Voraussetzung für das Können und die Problemlösefähigkeit ist. Damit klammert man die hohe Bedeutung von Praktischer Intelligenz aus. Denn zwischen Wissen und Können oder gar Expertentum liegen einige Schritte, ohne die es nicht geht. Es geht auch nicht um Fleiss und Motivation allein. Auch hilft es für die Praxis nichts, über Probleme in hochwissenschaftlicher Weise sprechen zu können. Entscheidend ist ein kompetenter Umgang mit realen Problemen. «Praktische Intelligenz ist nicht einfach handwerkliches Geschick von weniger Begabten, sondern die Fähigkeit, Fachwissen auf hohem Niveau in der Praxis auch anwenden zu können»⁴, meint Margrit Stamm.

Der lange Weg zum ausgewiesenen Fachmann

Geht es um ein Problem, für das ein Handwerker beigezogen wird, ist dieses oft nur unklar definiert: Die Waschmaschine funktioniert nicht mehr, der Automotor tönt verdächtig, oder Pflanzen verlieren ihre Blätter. Das Problem ist nur ansatzweise definiert, genauere Informationen fehlen oft. Und nun? Will der herbeigerufene Fachmann das Problem lösen, so muss er die Situation schnell und ganzheitlich erfassen, sein Fachwissen auf das Problem beziehen, unterschiedliche Lösungswege und -methoden kreativ andenken und innerlich durchspielen, die beste Lösung auswählen und dabei bereits gemachte Erfahrungen einbeziehen. Das stellt hohe Anforderungen, die sich ein ausgewiesener Fachmann, ausgehend von Faktenwissen und Regeln, durch intensives Üben, Reflektieren und Beobachten allmählich erwirbt und die ihn letztlich zu intuitiv

Fortsetzung auf Seite 8

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18640618540067517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT553700000105713599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung

der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Das Ende der Globalisierungsträume

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.



Eberhard Hamer
(Bild zvg)

Drei Jahrzehnte wurden unter Führung des WEF in Davos die Lobgesänge auf die «eine Welt» und die «Überwindung der Nationalstaaten», von der Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft und zur unbegrenzten Freiheit des Kapitals, der Produkte, der Dienstleistungen und Arbeitskräfte angestimmt.

Theoretisch war dies richtig, weil internationaler Austausch ein Vorteil für alle Teilnehmer sein kann:

- Länder mit geringer Kapitalausstattung, niedrigen Löhnen und billigen Produktpreisen bieten für internationale Investitionen Kosten- und Rentabilitätsvorteile, die ihnen zum Aufbau eigener Industrien helfen und damit Wirtschaftsfortschritt erzeugen.
- Umgekehrt können Länder mit hoher Kapitalausstattung, hohen Löhnen und hohen Produktpreisen durch Auslandsinvestitionen und Import Wirtschaftswachstum zu günstigeren Kosten für sich gewinnen.
- Nach dem Ricardo'schen Gesetz der komparativen Kosten¹ bietet Aussenhandel einen Kostenvorteil für beide Seiten, mehr Aussenhandel bietet beiderseitig Kosten- und Wohlstandsvorteile. Deshalb hat der Aufschwung des Aussenhandels in den letzten 50 Jahren erheblich zum Weltwohlstand beigetragen.
- Jeder wusste aber, dass Aussenhandel fragil ist, dass er davon abhängt, ob sich alle Partner fair verhalten und keine Störungen des Welthandels verursachen.
- Allerdings glaubten die Ökonomen, dass solche Aussenhandelschranken durch internationale Zusammenarbeit jeweils beseitigt werden könnten, zum Beispiel gesetzliche Investitionshemmnisse durch Verbote der *Welthandelsorganisation* WTO und der Investitionsländer u. a.
- Die USA behaupteten, die «Freiheit des Energiemarktes» durch Sanktionen gegen solche Länder durchsetzen zu müssen, die ihr Öl oder Gas (Russland, Irak, Iran, Venezuela) nicht durch die amerikanischen Öl-Multis vermarkten lassen, sondern selbst den Gewinn behalten wollten.
- Da die USA mehr importieren als exportieren und deshalb steigende Handelsbilanzdefizite annehmen müssen, wurde die FED zur Finanzierung dieser Defizite zur Geldmengenvermehrung gezwungen und gleichermaßen die EZB zur Dauerfinan-

«Der Rückfall von bisher globalisiertem Export-Boom auf wieder nur sichere nationale Produktion wird eine schwierige Übergangsphase von einigen Jahren, könnte die gefürchtete Stagflation bringen, wird jedenfalls aus dem zurückgehenden Export und Import sowie aus den sich vertuernden Produktionsrückverlagerungen Kostensteigerungs- und Inflationsfolgen haben, welche die ganze Welt ärmer machen. Wie lange der Rezessionsprozess dauert, wird wesentlich davon abhängen, wie lange die US-Wirtschaftssanktionen die Weltproduktion erstarren lassen und wie sich der Ukraine-Krieg entwickelt, ob er mit Frieden beendet und überwunden werden kann oder eskaliert und zum dritten Weltkrieg der Wirtschaftsblöcke wird.»

zierung der Defizite der hoch verschuldeten europäischen Länder Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich usw. – wurde also Aussenhandel aus Schulden finanziert.

- Umgekehrt wurde Ländern, die dauernde Exportüberschüsse erzielen (vor allem Deutschland), diese Überschüsse durch Zwangskredite (Target-Kreditierung, «Retungsfinanzierung», indirekte Staatsfinanzierung der Zentralbanken) abgesogen (mit Ausnahme Chinas, welches Dollar-Guthaben über drei Billionen US-Dollar angehäuft hat und nun krampfhaft Anlagen dafür in der ganzen Welt sucht).
- Die USA bekämpfen den Import zum Beispiel der europäischen Automobilindustrie mit hohen Strafsanktionen für angebliche technische Verfehlungen und haben dafür alle mit Amerika handelnden Firmen und Länder der amerikanischen Justizhoheit und ihren Strafmöglichkeiten unterworfen (Beispiel auch: *Nord Stream 2*). Gegen immer mehr Länder wie Russland, Iran, Venezuela und gegen Unternehmen, welche sich nicht den amerikanischen Monopolen unterwerfen wollten, wurden immer härtere Sanktionen von den USA und ihren Satellitenregierungen erlassen, also Wirtschaftskrieg eröffnet.
- Seit *Wladimir Putin* die Übernahme der Ukraine durch die USA bekämpft, kam es zur grössten weltweiten Nato-Sanktionswelle (also zum Beginn des Wirtschaftskrieges gegen Russland) durch Lieferstopp, Finanzblockade und Enteignungen russischen Vermögens überall in der Welt. Dieser Wirtschaftskrieg hat schon jetzt die Globalisierung zerrissen, die Welt aufgespalten, traditionelle Lieferbeziehungen, vor allem bei den Rohstoffen, gekappt und

die Welt in die grösste Rezession der Geschichte gestürzt.

Wer bisher auf die Globalisierung vertraut hatte, ist nun plötzlich Verlierer:

- Wer in Russland investiert oder mit russischen Firmen stabile Geschäftsbeziehungen aufgebaut hat, steht plötzlich ohne diese Partner und deshalb mit Zuliefererproblemen da.
- Wer seine Produktion in Billiglohnländer – vor allem nach China – verlagert hat, sieht seine Lieferketten gerissen und muss sogar fürchten, dass China genau wie die USA bei Eskalation des Ukraine-Krieges auch ausländische Firmen sanktioniert oder enteignet.
- Wenn der Aussenhandel zusammenfällt, stürzen auch die Exportüberschüsse zum Beispiel Deutschlands ab, wird der auf dem Export beruhende Wohlstand zusammenfallen.
- Die internationalen Konzerne flüchten deshalb bereits jetzt in nationale Investitionen, um das, was sie bisher billiger aus dem Ausland bekamen, wieder national zu produzieren, um es überhaupt noch zu bekommen.
- Auch die mittelständischen Zulieferer merken jetzt, dass ihre Weltproduktion unsicher geworden ist, ihnen wachsende Schwierigkeiten bereitet und sie nationale Alternativen schaffen müssen.
- Der eingeleitete Rückgang des weltweiten Aussenhandels und vor allem der Rückgang der bisherigen Exportmöglichkeiten bedeutet schrumpfende Produktion und zurückfallende Konjunktur mit allen Folgen für Investitionen, Arbeitsplätze, Einkommen und Volkswohlstand in der ganzen Welt.

Der Rückfall von bisher globalisiertem Export-Boom auf wieder nur sichere nationale

Produktion wird eine schwierige Übergangsphase von einigen Jahren, könnte die gefürchtete Stagflation bringen, wird jedenfalls aus dem zurückgehenden Export und Import sowie aus den sich vertuernden Produktionsrückverlagerungen Kostensteigerungs- und Inflationsfolgen haben, welche die ganze Welt ärmer machen.

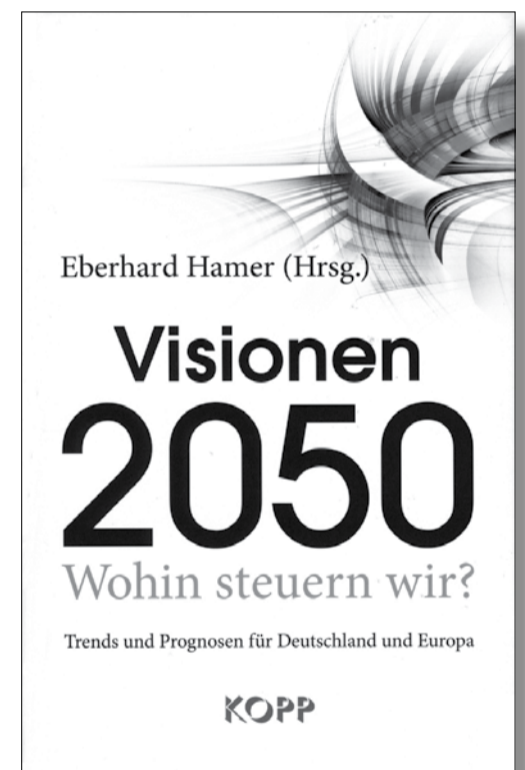
Wie lange der Rezessionsprozess dauert, wird wesentlich davon abhängen, wie lange die US-Wirtschaftssanktionen die Weltproduktion erstarren lassen und wie sich der Ukraine-Krieg entwickelt, ob er mit Frieden beendet und überwunden werden kann oder eskaliert und zum dritten Weltkrieg der Wirtschaftsblöcke wird.

Uns steht also eine kürzere oder längere Globalisierungsschrumpfung – vielleicht überhaupt das Ende der Globalisierung – bevor. Der seit langem befürchtete Wirtschaftscrash² bzw. die Rezession und unser erst auf Exporten und dann auf massloser Fiat-Geldvermehrung gegründeten Scheinwohlstand wird zusammenfallen, die globale Welt wieder national und der Scheinwohlstand zu wieder echter Armut absinken.

Ob die Kriegstreiber der Sanktionen und Vermögensenteigner diese Folgen bedacht haben beziehungsweise wollten? •

¹ Wenn jedes Land sich auf Produktion und Export derjenigen Güter spezialisiert, die es mit dem kleinsten absoluten Kostennachteil – relativer komparativer Kostenvorteil – produzieren kann, ist dies ein Vorteil für alle.

² vgl. Hamer, Eberhard. *Was passiert, wenn der Crash kommt?*, Hannover 2000



ISBN 978-3-86445-332-8

«Goldene Hände» – und was es dazu ...» Fortsetzung von Seite 7

richtigem Handeln befähigen, das den unterschiedlichsten Problemstellungen Rechnung trägt. Auf seinem Weg zum Berufsfachmann hat er sich vieles angeeignet; dies wird oft als «Stilles Wissen» bezeichnet, das mit wachsender Berufserfahrung im allgemeinen zunimmt.

«Stilles Wissen» – ein Goldschatz, ohne den es nicht geht

Man spricht von «Stillem Wissen» als Herzstück Praktischer Intelligenz und meint damit jenes Wissen, das jeder Mensch in sich trägt und durch alltägliche und gewohnte Handlungen erworben hat, so dass es intuitiv zur Verfügung steht. Es geht jedoch nicht um Automatismen, Routine oder Nachahmung. Sondern es ist dasjenige Wissen, das sich Berufsleute bei ihrer täglichen Arbeit «nebenbei» aneignen, ohne sich dessen immer bewusst zu sein. Dieses an Handlungsabläufe gebundene Wissen wird meist ohne Hilfe Dritter erworben, ist mit intensiven und komplexen Übungs- und Trainingsprozessen verknüpft und kann oft nicht genau verbalisiert werden. Es ist aber ein Goldschatz, der unverzichtbar zur Praktischen Intelligenz gehört und Wissen und Können verbindet.



(Bild Caro)

«Goldene Hände» haben die Schweiz gross gemacht

Mit diesem Verständnis von Praktischer Intelligenz erfahren die klassischen Intelligenzmodelle eine wichtige Ergänzung und Erweiterung, mit der einer Berufslehre die richtige Gewichtung zukommt. Die Eltern von Noah haben es geschafft und sich die Fähigkeit angeeignet, mit realen Problemen

erfolgreich umgehen zu können. Sie werden diese Erfahrung auch in die Erziehung einbeziehen. Idealerweise bietet die Schule ein Feld, diesen Bereich kennenzulernen und praktischen Talenten die Möglichkeit zur Entfaltung zu geben. Doch wie ist es, wenn die entsprechenden Fächer in den letzten Jahren zunehmend ein Mauerblümchen-Dasein fristen und zu Gunsten von frühem

Fremdsprachenunterricht und Medienkunde reduziert werden? Massgeblich befördert durch den *Lehrplan 21*? Wie soll da eine Berufslehre attraktiv bleiben? Die Berufswettkämpfe, an denen bis anhin die schweizerischen Teilnehmer viele Medaillen gewannen, dürfen nicht zur Folklore werden. Das müsste nochmals gründlich durchdacht werden! «Goldene Hände sind ein wichtiges Kulturgut, welches die Schweiz gross gemacht hat», sagt Margrit Stamm. Dem ist nichts anzufügen. •

¹ SOL ist die Abkürzung für Selbstorganisiertes Lernen.

² Margrit Stamm war Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Fribourg und leitet heute das von ihr begründete Forschungsinstitut Swiss Education. Sie hat, ausgehend von ihren Forschungsarbeiten, zahlreiche Bücher zu Erziehungs- und Bildungsfragen publiziert.

³ Die nun folgenden Ausführungen haben vor allem zwei ihrer Publikationen zur Grundlage: Stamm, Margrit. (2015). *Praktische Intelligenz. Ihre missachtete Rolle in der beruflichen Ausbildung*. Dossier 15/2; Stamm, Margrit. (2017). *Goldene Hände. Praktische Intelligenz als Chance für die Berufsbildung*. Bern: Hep-Verlag.

⁴ Stamm, Margrit. (2017). *Goldene Hände. Praktische Intelligenz als Chance für die Berufsbildung*. Bern: Hep-Verlag. S. 26.

⁵ Stamm, Margrit. (2017). *Goldene Hände. Praktische Intelligenz als Chance für die Berufsbildung*. Bern: Hep-Verlag. S. 95